



Christian Selz

Wie Südafrika gekapert wurde

Spuren der Korruption im State-Capture-Skandal
führen auch nach Deutschland

Inhalt

3 VORWORT

Begleitwort aus deutscher Sicht

Von *Boniface Mabanza Bambu* und *Simone Knapp*

5 EINLEITUNG

„Partners in Crime“: Wider die systemrelevante Korruption!

6 ZONDO-KOMMISSION

Die State-Capture-Kommission – Entstehung, Auftrag und Fokus

Wie Südafrika versucht, eine Unterwanderung des Staates durch korrupte Eliten aufzuarbeiten.

8 Hintergrund: Die Guptas

9 SOUTH AFRICAN AIRWAYS

Absturz mit Ansage

Um seinen Auftrag bei SAA zu behalten, willigte Swissport bei der Staatsairline SAA in illegale Deals und Schmiergeldzahlungen ein.

15 T-SYSTEM, TRANSNET, ESKOM

Falsch verbunden

Die lokale Tochter des deutschen Telekommunikationskonzern T-System war in Südafrika zweitgrößter Profiteur von State-Capture-Aufträgen.

18 VOSSLOH, PRASA

Zu hoch, zu korrupt, zu straflos

Wie die spanische Tochter eines deutschen Konzerns Lokomotiven nach Südafrika lieferte, die nie auf die Schiene durften.

22 SAP

„Eher ein SAP-Problem“

Wie der deutsche Softwarekonzern mit Hilfe dubioser Business-Development-Partner Leistungen verkaufte, die weder benötigt noch in Anspruch genommen wurden.

25 DIE BERATER

Wer solche Berater hat, braucht keine Feinde mehr

Global führende Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Unternehmensberatungen haben aktiv beim State Capture mitgemacht.

28 LÖSUNGSVORSCHLÄGE

Wie weiter?

Die Lösungsvorschläge der State-Capture-Kommission.

30 ANTWORT RAMAPHOSA

Viel Vages, kaum Konsequenzen

Vier Monate Zeit ließ sich Südafrikas Präsident für seine Antwort auf den State-Capture-Bericht.

AFRIKA SÜD-DOSSIER:

CHRISTIAN SELZ

WIE SÜDAFRIKA GEKAPERT WURDE

SPUREN DER KORRUPTION IM STATE-CAPTURE-SKANDAL FÜHREN AUCH NACH DEUTSCHLAND
HG. VON ISSA UND KASA, BONN, APRIL 2023

Redaktion: Lothar Berger (V.i.S.d.P.), Simone Knapp

Herausgeber:



informationsstelle südliches afrika e.V. (issa)
Königswinterer Str. 116, D-53227 Bonn
Tel.: 0228-464 369
E-Mail: info@issa-bonn.org
www.issa-bonn.org, www.afrika-sued.org



Werkstatt Ökonomie e.V.
Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA)
im WeltHaus Heidelberg
Willy-Brandt-Platz 5, D-69115 Heidelberg
Tel.: 06221-43336-12,
E-Mail: KASA@woek.de
www.kasa.de

Autor:

Christian Selz ist freier Journalist und lebt in Kapstadt. Sein Fokus liegt auf Arbeits- und Lebensbedingungen in Post-Apartheid-Südafrika. Für die KASA hat er bereits die Broschüre „Aufstand im Paradies“ (2013) zum ersten großen Landarbeiter:innen-Streik sowie das Factsheet „Mehr Rechte, aber nicht mehr Geld“ (2017) zur Situation der Beschäftigten auf „fair trade“-zertifizierten Weinfarmen verfasst.

Layout und Heftgestaltung: HUSS design

Titelbild und Rückseite: Anti-Zuma-Plakate in Kapstadt.
Foto: Simone Knapp

Gefördert vom Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR e.V.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht unbedingt den Standpunkt von MISEREOR e.V. wieder.



Begleitwort aus deutscher Sicht

Mit Präsident Jacob Zuma hat die Korruption in Südafrika neue Dimensionen erreicht, die sogar einen neuen Begriff erforderte: State Capture – eine Form systemischer Korruption, bei der private Interessen die Entscheidungsprozesse des Staates zu ihrem eigenen Vorteil erheblich beeinflussen, ausnutzen oder sogar übernehmen. Der Begriff wurde erstmals um das Jahr 2000 von der Weltbank verwendet, um die Situation in bestimmten zentralasiatischen Ländern zu beschreiben, die den Übergang vom Sowjetkommunismus vollzogen. Er wurde insbesondere auf Situationen angewandt, in denen kleine mächtige Gruppen, die sogenannten Oligarchen, ihren Einfluss auf Regierungsbeamte nutzten, um sich die Entscheidungsfindung der Regierung anzueignen und dadurch ihre eigene wirtschaftliche Position zu stärken. Eine Gruppe südafrikanischer Wissenschaftler:innen entwickelte 2017 das Konzept in einem Bericht über die Vereinnahmung des Staates in Südafrika mit dem Titel „Betrayal of the Promise; How South

Africa is being stolen“ weiter. Sie betonten besonders den politischen Charakter der Vereinnahmung des Staates und argumentierten, dass in Südafrika eine Machtelite gegen die Verfassung verstoße und das Gesetz breche, um ein politisches Projekt zu verwirklichen, das ihrer Meinung nach mit dem bestehenden Verfassungs- und Rechtsrahmen nicht zu vereinbaren sei.

Die Jahre zwischen 2009 und 2018, in denen Zuma Präsident Südafrikas war, werden als verlorenes Jahrzehnt tituliert. Liest man jedoch den Bericht der Zondo-Kommission, so wird deutlich, dass es sich um eine heillose Untertreibung handelt. Die hilflose Reaktion, die auf den Endbericht von Seiten des heutigen Präsidenten Cyril Ramaphosa folgte, lässt dabei nur erahnen, welche weitreichenden und nur schwer wiedergutzumachende Konsequenzen für die Gesellschaft durch State Capture entstanden sind.

Wie kam es zur Zondo-Kommission

Die „Judicial Commission of Inquiry into Allegations of State Capture, Corruption and Fraud in the Public Sector including Organs of State“ – besser bekannt als Zondo-Kommission oder State-Capture-Kommission, ist eine öffentliche Untersuchung, die im Januar 2018 von Präsidenten Jacob Zuma eingesetzt werden musste, um Vorwürfe von staatlicher Vereinnahmung, Korruption und Betrug im öffentlichen Sektor Südafrikas untersuchen zu lassen.



Proteste gegen Zuma gehören seit Jahren zum Alltag in Südafrika.

Bereits 2016 leitete Thuli Madonsela in ihrer Position als Public Protector eine Untersuchung über State Capture ein, nachdem sie zwei förmliche Beschwerden erhalten hatte. Der Public Protector ist in Südafrika eine von sechs unabhängigen staatlichen Institutionen, die in der Verfassung zur Unterstützung und Verteidigung der Demokratie vorgesehen sind. Im November 2016 löste die Veröffentlichung ihres Untersuchungsberichts mit dem Titel „State of Capture“ einen großen Skandal aus. Der Bericht beschuldigte Zuma und andere Staatsbedienstete unzulässiger Beziehungen zur Gupta-Familie und empfahl, Zuma solle eine Untersuchungskommission zum Thema „State Capture“ einsetzen. Zuma wehrte sich vor dem Obersten Gerichtshof, doch das Gericht wies seinen Antrag ab und stellte fest, dass die Empfehlung der Public Protector bindend sei und Zuma innerhalb von 30 Tagen eine Untersuchungskommission einsetzen müsse. Der stellvertretende Oberste Richter Raymond Zondo wurde vom Gericht zum Vorsitzenden der Untersuchungskommission ernannt. Die ersten Anhörungen fanden erst statt, nachdem Ramaphosa die Amtsgeschäfte übernommen hatte. Der fast 6000 Seiten umfassende Bericht der Kommission wurde dem Präsidenten zwischen Januar und Juni 2022 übergeben.

Warum eine deutsche Aufarbeitung?

Korruption ist kein südafrikanisches Phänomen, das haben auch viele Menschen in Deutschland spätestens seit den euphemistisch als Maskenaffäre bezeichneten Korruptionsvorwürfen während der Corona-Pandemie erkannt. Und zur Korruption gehören immer zwei: eine Person, die die Hand aufhält, und eine, die bereit ist zu geben.

Wie leichtfertig und gewissenlos deutsche Unternehmen bereit waren, von der State Capture zu profitieren, ist eine der Erkenntnisse, die Christian Selz herausgearbeitet hat. Dass die Beschäftigung mit den Ergebnissen der Kommission für uns als Solidaritätsgruppen unabdingbar ist, erscheint selbstredend. Dass wir allerdings mit 6000 Seiten überfordert sein würden, auch. Dazu kam die Tatsache, dass im Bericht die Verstrickungen und Verfehlungen deutscher Unternehmen zwar vorkommen, die Kommission ihr Augenmerk aber hauptsächlich auf die Machenschaften der staatlichen Institutionen, halbstaatlichen Unternehmen und der indischstämmigen Gupta-Brüder gelegt hatte. Organisationen wie Open Secrets, die Transnationale Unternehmen seit langem unter die Lupe nehmen, haben oft keinen Gegenpart in den Ländern, aus denen diese Firmen kommen.

Daher beschäftigt sich diese deutsche Zusammenfassung der Ergebnisse des Zondo-Berichts in der Hauptsache mit solchen Passagen, die konkret deutsche Unternehmen benennen.

Es wird unsere Aufgabe als deutsche Zivilgesellschaft sein, diese Ergebnisse genau zu prüfen und weitere Schritte zu planen – sei es die Diskussion mit den genannten Unternehmen aufzunehmen, eine Debatte über die rechtlichen Regelungen mit Regierungsstellen zu führen, im Rahmen der Verhandlungen zu einem europäischen Lieferketten-gesetz die Erkenntnisse einzubringen, die Aufnahme von Strafverfahren gegen einzelne Unternehmen voranzutreiben oder die allgemeine Öffentlichkeit aufzuklären, die in den stattfindenden Auseinandersetzungen etwa um das Engagement chinesischer Unternehmen in afrikanischen Ländern davon ausgeht, dass letztere korrupt und ausbeuterisch sind, während hiesige Unternehmen „sauber“ sind und nur „Gutes“ tun. Diese Veröffentlichung zeigt, dass auch deutsche Unternehmen ein korruptes Umfeld ausnutzen und dass es darauf ankommt, sowohl in den betroffenen Ländern als auch in Deutschland, funktionierende Kontrollmechanismen zu etablieren, um dem entgegenzuwirken.

Dies ist auf jeden Fall erst der Anfang.

Boniface Mabanza Bambu und Simone Knapp

Fotos: Shiraaz Mohamed (Montage: HUSS design) | Naib Mian/GroundUp

„Partners in Crime“: Wider die systemrelevante Korruption!

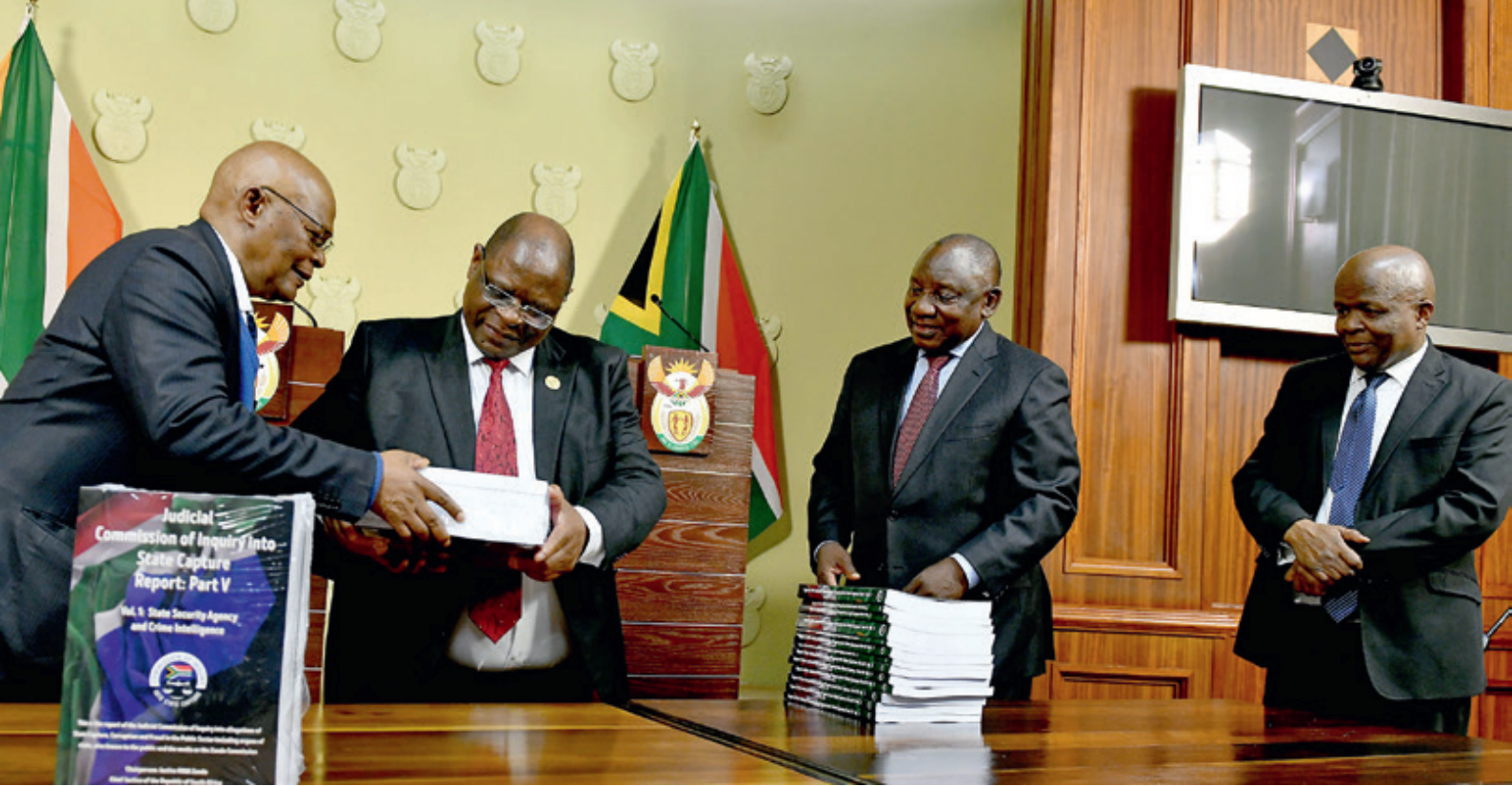
„Die Welt nach Afrika und Afrika in die Welt bringen“ wollte South African Airways (SAA) dem eigenen Slogan nach einst. Zwischenzeitlich kurz vorm Bankrott und gänzlich vom Himmel verschwunden, bedient die inzwischen teilprivatisierte Fluglinie heute kaum mehr als eine Handvoll Destinationen auf dem afrikanischen Kontinent. Ihr Niedergang ist ein Resultat der korrupten Plünderung von Behörden und Staatsunternehmen, die unter Ex-Präsident Jacob Zuma derart horrende Ausmaße angenommen hatte, dass in Südafrika dafür ein neuer Begriff geprägt wurde: „State Capture“, die Unterwanderung des Staates. Um das kriminelle Netzwerk dahinter aufzudecken, befasste sich eine Untersuchungskommission drei Jahre lang *en detail* mit den Mechanismen der systematischen Korruption.

Das Schicksal der SAA wird im Untersuchungsbericht der State-Capture-Kommission an erster Stelle behandelt. „Die Untersuchung war der Versuch, nicht nur aufzudecken, was in diesen Organisationen passiert ist, sondern auch, warum und wie es passierte. Die Untersuchung hatte deshalb einen großen Umfang, weil sie von der Motivation bestimmt war, die Schwächen im öffentlichen Sektor zu verstehen, die ihn anfällig machen für State Capture, Korruption und Betrug“, steht in der Zusammenfassung der Kommission zu den Vorgängen bei der SAA und ihren Tochtergesellschaften. Diese Sätze sind übertragbar auf die Gesamtausrichtung der Kommission, auch in Bezug auf die anderen von State Capture betroffenen Staatsunternehmen und Behörden.

Der so umrissene Auftrag der Kommission zeigt, dass deren Fokus klar auf den staatlichen Institutionen lag. Das Agieren der internationalen Konzerne, die in die State Capture verwickelt waren, spielte eine untergeordnete Rolle. Aus südafrikanischer Sicht ist das nachvollziehbar. Anstatt mit dem Finger auf andere zu zeigen, wollte man zunächst den „eigenen Laden“ aufräumen und so einer Wiederholung der Vorfälle entgegenwirken. Die dafür notwendige Untersuchungsarbeit geschah mit großer Gründlichkeit und enormem Aufwand. Dass ein Staat – zumal einer, in dem die regierende Partei nicht gewechselt hatte – einen solchen personellen und finanziellen Aufwand betreibt, um Korruptionsnetzwerke in seinen Institutionen offenzulegen, verdient Anerkennung. Südafrika hat mit der State-Capture-Kommission auch international durchaus Maßstäbe gesetzt.

Der weitgehend fehlende Fokus auf die Konzerne, die die weitreichende Korruption nicht nur mitmachten, sondern teilweise aktiv beförderten, bleibt aber eine Schwäche der Kommission. „It takes two to tango“, heißt es auf Englisch: Es gehören immer zwei dazu. Entsprechend müssten auch die Konzerne und deren Vertretungen mit derselben Entschlossenheit ins Licht der Öffentlichkeit gezerrt und für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden, wie die bestechlichen Staatsdiener und Manager öffentlicher Betriebe. Denn Konzerne und korrupte Offizielle sind nicht etwa Opfer und Täter, sondern das, was man im Englischen „Partners in Crime“ nennt: Kompliz:innen. Wenn ein Unternehmen aber kaum mehr als eine Rückzahlung des Gewinns aus mit Korruption und Schmiergeld ergatterten Aufträgen befürchten muss, dann bleibt der Anreiz hoch, es genauso wieder zu versuchen.

Mit dieser Analyse wollen wir daher nicht nur den insgesamt 5606-seitigen Abschlussbericht der Zondo-Kommission übersichtlicher und zugänglicher machen, sondern auch einen Fokus darauf legen, wie global tätige Unternehmen sich an der Ausplünderung der südafrikanischen Gesellschaft bereicherten. Denn allen Compliance-Schauspielen zum Trotz: Bestechung und Korruption, meist ausgeführt durch als „Berater“, „Vermittlerinnen“ oder „Geschäftsentwicklungspartner“ getarnte Strohleute, sind im globalen Geschäft systemrelevant. Gesetzliche Beschränkungen regeln für Unternehmen in der freien Marktwirtschaft lediglich den Preis irregulären Agierens, der bei Entdeckung zu zahlen ist. Er ist in der Regel niedriger als der Verlust durch entgangene Aufträge. Wer das nicht wahrhaben will, verschließt die Augen vor der Funktionsweise der Marktwirtschaft. Als einziger Trost bliebe dann, sich an die von den Konzernen gern bediente Mär von unlauter handelnden Einzeltäter:innen im mittleren Management zu klammern. Wir glauben nicht an Sündenböcke und Opferlämmer. Wir wollen stattdessen die Systematik hinter der organisierten Korruption erkennbar machen, einem Verbrechen, das immer die Ärmsten am härtesten trifft. Denn die Bedrohung bleibt bestehen, nicht nur in Südafrika, sondern weltweit. Sie muss stetig bekämpft werden.



Präsident Ramaphosa bekommt im Juni 2022 den Abschlussbericht der Zondo-Kommission ausgehändigt.

Die State-Capture-Kommission – Entstehung, Auftrag und Fokus

WIE SÜDAFRIKA VERSUCHT, EINE UNTERWANDERUNG DES STAATES DURCH KORRUPTTE ELITEN AUFZUARBEITEN

Mitte März 2016 erschütterte ein politisches Erdbeben Südafrika. In einer öffentlichen Stellungnahme erklärte der damalige Vizefinanzminister Mcebisi Jonas, dass „Mitglieder der Gupta-Familie“ ihm den Posten des Finanzministers angeboten hätten. Er habe umgehend abgelehnt, weil das Angebot „unsere hart erkämpfte Demokratie und das Vertrauen unseres Volkes der Lächerlichkeit preisgegeben“ hätte. In der derselben Woche erklärte die vormalige ANC-Parlamentsabgeordnete Mabel Patronella „Vytjie“ Mentor, dass die Gupta-Brüder auch ihr einen Ministerposten – den für Unternehmen der Öffentlichen Hand – angeboten hatten, wenn sie dafür bei der Staatsairline SAA die Route nach Indien streichen würde, zugunsten einer Airline von den Guptas. Einen Monat später berichteten dann drei ehemalige Gupta-Bodyguards – anonym – der Wochenzeitung *Mail & Guardian* von Kartons und Sporttaschen voller Bargeld sowie davon, dass ihr Boss Ajay Gupta bis zu dreimal wöchentlich den damaligen Staatspräsidenten Jacob Zuma besucht habe.

Damit schien sich zu bestätigen, was der damalige Generalsekretär des Gewerkschaftsbunds Cosatu bereits im Dezember 2015 über die Guptas gesagt hatte: „Sie sind die Schattenregierung. Sie sind ein Zeichen dafür, was in diesem Land schief läuft.“

Der südafrikanische Staat selbst war allem Anschein nach von Kriminellen unterwandert worden, der Begriff „State Capture“ machte die Runde. Nach öffentlichen Beschwerden begann Thuli Madonsela, als Public Protector eine Art unabhängige Ermittlerin zu Vergehen hochrangiger politischer Funktionsträger, eine Untersuchung. Ihr im November 2016 vorgestellter Bericht „State of Capture“ enthielt schwere Vorwürfe gegen Zuma und die Guptas. Zugleich forderte Madonsela den Präsidenten darin auf, eine richterliche Untersuchungskommission einzusetzen. Es war die Geburtsstunde der State-Capture-Kommission.

Dass bis zum ersten Sitzungstermin jener Judicial Commission of Inquiry into Allegations of State Capture am 20. August 2018 noch fast zwei Jahre vergingen, dürfte maßgeblich damit zu tun gehabt haben, dass Zuma offensichtlich wenig Interesse an einer Untersuchung seiner Geschäfte mit den Guptas hatte. Der Präsident hatte zunächst versucht, die Forderung des Büros des Public Protectors als nicht bindend darzustellen und den damit verbundenen Auftrag an ihn zu ignorieren. Schließlich wollte er den „State of Capture“-Bericht gar vor Gericht für nichtig erklären lassen, scheiterte mit seinem Antrag aber. Das Gericht wies stattdessen den Obersten Richter am Verfassungsgericht an, über die Besetzung der Kommission zu entscheiden. Zuma war schließlich gezwungen, die Kommission im Januar 2018 ins Leben zu rufen.

Ursprünglich war für die Arbeit der Kommission ein Zeitraum von sechs Monaten angesetzt, im Juli 2018 waren aber noch nicht einmal die Vorbereitungen für den Beginn der Anhörungen abgeschlossen. Die Vernehmungen von Zeugen und Verdächtigen dauerten schließlich bis zum 12. August 2021 an, als Letzter erschien Staats- und ANC-Präsident Cyril Ramaphosa vor der Kommission. Insgesamt bekam die Kommission sieben Verlängerungsanträge bewilligt, ehe der Kommissionsvorsitzende Raymond Zondo die letzten Teile des finalen Reports am 22. Juni 2022 – mit nochmal sieben Tagen Verspätung – an Ramaphosa übergab. Im Oktober nahm die Kommission dann noch einmal Korrekturen am finalen Bericht vor. Die Kosten der Kommission lagen bei etwa einer Milliarde Rand (55,6 Millionen Euro).

Die enorme zeitliche Ausdehnung der Kommissionsarbeit lag auch darin begründet, dass ihr Mandat gegenüber den ursprünglich im „State of Capture“-Report aufgeworfenen Fragen deutlich ausgeweitet wurde. Hatte Madonsela den Fokus noch eng auf das Verhältnis des damaligen Präsidenten Zuma zur Gupta-Familie gelegt, so befasste sich die State-Capture-Kommission letztlich mit dem Gesamtkomplex von Korruption und gesetzeswidrigen Auftragsvergaben in Behörden und Staatsbetrieben. In Punkt 1.5. ihrer Aufgabenbeschreibung (*terms of reference*) nannte die Kommission gar eine Untersuchung „des Wesens und des Ausmaßes von Korruption, wenn gegeben, bei der Vergabe von Verträgen, Aufträgen an Unternehmen, Geschäftseinheiten und Organisationen durch öffentliche Einrichtungen“. In der Praxis der Kommissionsarbeit und noch stärker in den finalen Empfehlungen der Kommission lag der Fokus dann aber hauptsächlich auf den Vergehen politischer Funktionsträger und Akteure innerhalb von Behörden sowie Betrieben der Öffentlichen Hand und weit weniger auf den Vergehen privatwirtschaftlicher Akteure.

Der vollständige Bericht kann auf der Website der State-Capture-Kommission unter www.statecapture.org.za/site/information/reports heruntergeladen werden.

Fotos: Ntswe Mokoena/GCIS, cc by-nd 2.0. | corruption watch





Hintergrund: Die Guptas

Ein Gupta-Reich gab es in Indien bereits im 4. bis 6. Jahrhundert. Mit der Herrschaft, die die ebenfalls aus Indien stammende Gupta-Familie in Südafrika aufbaute, hatte es aber mit Ausnahme des Herkunftslands nichts zu tun. Wenn in Südafrika von „den Guptas“ die Rede ist, dann sind in aller Regel die Brüder Ajay, Atul und Rajesh gemeint, wobei letzterer auch unter dem Namen „Tony“ bekannt ist. Das Trio war 1993 mit weiteren Familienmitgliedern nach Südafrika gekommen und hatte dort zunächst die Firma Sahara Computers gegründet. Die Gupta-Brüder suchten den Kontakt zu hochrangigen Regierungspolitikern und fanden ihn bereits unter dem zweiten demokratisch gewählten Präsidenten Thabo Mbeki (1999-2008). Mbekis Minister im Büro des Präsidenten, Essop Pahad, gab Ajay Gupta 2006 gar einen Vorstandsposten beim International Marketing Council of South Africa (IMC, heute: Brand South Africa).

Schon drei Jahre zuvor hatten die Gupta-Brüder bei einem von ihnen organisierten Empfang den damaligen Vizepräsidenten Jacob Zuma kennengelernt. Ein halbes Jahr nachdem Zuma im Dezember 2007 zum ANC-Präsidenten – und damit zum designierten Spitzenkandidaten der Regierungspartei – gewählt worden war, bekam sein Sohn Duduzane im Juli 2008 einen Vorstandsposten in der Gupta-Firma Mabengela Investments. Während Vater Jacob Zuma 2009 zum Staatsoberhaupt aufstieg, wurde Sohn Duduzane in den folgenden gut zwei Jahren in elf weiteren Gupta-Unternehmen in den Vorstand berufen.

Der Einfluss der Familie auf den Präsidenten wurde schließlich so groß, dass sie vorab über die Ernennung von Ministern informiert wurden. Geleakte E-Mails aus dem Firmenimperium der Guptas deuten gar daraufhin, dass die Guptas über die Besetzung wichtiger Posten in Regierung und Staatsbetrieben direkt mitentscheiden konnten. Ihre Firmen profitierten in der Folge stark von korrupten Auftragsvergaben, entweder direkt als Auftragnehmer oder als „Vermittler“ für internationale Konzerne.

Nach Bekanntwerden der State-Capture-Vorwürfe flohen die Guptas 2006 nach Dubai, wo Atul und Rajesh im Juni 2022 aufgrund einer Interpol Red Notice verhaftet wurden. Südafrika bemüht sich um eine Auslieferung. Wo sich der dritte Bruder Ajay aufhält, ist nicht bekannt.

Durch ihre exponierte Rolle im State-Capture-Skandal besteht die Gefahr, die korrupte Unterwanderung des Skandals einzig als Gupta-Affäre fehlzudeuten. Die Annahme einer derartigen Singularität wäre jedoch vollkommen irreführend. Denn in der Mehrheit der Fälle waren bei den korrupten Aktivitäten neben Akteuren aus Staat und Staatsbetrieben sowie den „Vermittlern“ (die im Übrigen auch längst nicht immer aus dem Gupta-Lager stammten) eben auch international agierende Konzerne involviert. Würden letztere sich bei der Jagd um Aufträge und Profite nicht über ihre eigenen Geschäftsregularien und staatliche Antikorruptionsgesetze hinwegsetzen, könnte ein kriminelles System wie das der State Capture gar nicht aufgebaut werden. Die Rolle der Guptas macht das nicht weniger verwerflich, aber sie waren nicht allein.

Absturz mit Ansage

Um seinen Auftrag bei SAA zu behalten, willigte Swissport bei der Staatsairline SAA in illegale Deals und Schmiergeldzahlungen ein. Ehrliche Angestellte der Fluglinie, die sich den Praktiken widersetzen, wurden aus dem Weg geräumt.

Als Masimba Dahwa im August 2014 seine neue Stelle als Einkaufschef bei South African Airways (SAA) antrat, fand er ein Chaos vor, das im Bericht der State-Capture-Kommission mit „signifikante Probleme bei Beschaffungsprozessen“ noch äußerst wohlwollend umschrieben ist. „SAA hatte keine ordentlichen Aufzeichnungen über Ausschreibungsdokumente und Verträge. Sie wurden lose in verschiedenen Schubladen aufbewahrt. Eines der Hauptergebnisse der Buchprüfung zu dieser Zeit war, dass Dokumente einfach verloren gingen und für Inspektionen nicht verfügbar waren“, heißt es im Bericht weiter. Dahwa wollte aufräumen, doch damit machte er sich einflussreiche Feinde. Er wurde unter Druck gesetzt, bedroht und schließlich suspendiert, um den Weg freizumachen für einen Deal, der einzelne reich, die Fluggesellschaft aber ärmer machte. Seine Geschichte ist ein beispielhafter Fall für die Methoden, die bei der Plünderung von Staatskonzernen angewandt wurden.

Per SMS wurde Dahwa am 2. Oktober 2015 zu einer Sitzung in die SAA-Chefetage zitiert. Die Nachricht kam von Yakhe Kwinana, zu der Zeit Mitglied des SAA-Verwaltungsrats und Verwaltungsratsvorsitzende bei der SAA-Tochter South African Airways Technical (SAAT). Aufgabe SAATs war der Unterhalt der Flotte der Airline. Kwinana war eines von nur drei SAA-Verwaltungsratsmitgliedern, die 2012 in dem Gremium verblieben waren, als die Mehrzahl als Reak-

tion auf die Machenschaften des damaligen Ministers für Öffentliche Unternehmen, Malusi Gigaba, zurückgetreten war.

Dreißig Prozent „zur Seite legen“

Als Dahwa an jenem Oktobertag wie von ihm verlangt in den Sitzungsraum des Verwaltungsrats kam, fragte Kwinana ihn, wie weit er mit der Umsetzung einer Richtlinie sei, die im Bericht als „30% set aside policy“ bezeichnet wird. Ziel dieser Intervention war es, 30 Prozent des Auftragsvolumens bei Neuausschreibungen an Firmen in Händen schwarzer Südafrikaner:innen zu vergeben. Vorgeblich ging es dabei um eine „Transformation“ der Wirtschaft zur Förderung schwarzer Geschäftsleute, die an das Regierungsprogramm Broad-Based Black Economic Empowerment (B-BBEE) anschließen sollte. Letztlich wurden aber nur ausgewählte Firmen zu entsprechenden Informationsveranstaltungen eingeladen. Einkaufschef Dahwa war von der SAAT-Verwaltungsratschefin Kwinana beauftragt worden, 30 Prozent des Auftragsvolumens für die Abfertigung der Flieger am Boden (bisher vergeben an den international agierenden Konzern Swissport) und für die Treibstofflieferung (bisher vergeben an den südafrikanischen Ölkonzern Engen) an eine Gruppe von 60 dieser neu eingeladenen Unternehmen zu vergeben. Als Dahwa erwiderte, dass dies den Vorschriften widerspräche und es zudem unmöglich wäre, einen einzigen Auftrag



Schlüsselzeugen der mit State Capture befassten Zivilgesellschaft.

an 60 Firmen zu vergeben, forderte Kwinana ihn auf, eine Holding zu gründen. Auf Dahwas Erwiderung hin, dass er das in seiner Funktion unmöglich dürfe, gründete Kwinana die Holding selbst. Der daraus resultierende Interessenkonflikt liegt auf der Hand.

Die irreguläre Schaffung dieser Dachfirma, so stellte die Kommission in ihrem Bericht später über Kwinana fest, „schloss ihre eigene persönliche Bereicherung ein“. Eindeutig ist auch die menschlich-moralische Einschätzung, die die Kommission über Kwinana veröffentlichte: Sie sei eine „sehr schlechte Zeugin“. Und weiter: „Sie hat sich kontinuierlich geweigert, die einfachsten Eingeständnisse zu machen, selbst wenn die gegen sie vorliegenden Beweise überwältigend waren. Letztlich hat das ihre Glaubwürdigkeit als Zeugin stark beeinträchtigt. Sie hat sich Willens gezeigt, unter Eid unehrlich zu sein, einfach um zu vermeiden, dass sie für ihr ungesetzliches und verantwortungsloses Verhalten Rechenschaft ablegen muss.“



Swissport leistete im Korruptionsskandal Beihilfe.

Kwinana versuchte sogar, die 30-Prozent-Regelung auf bereits bestehende Verträge anzuwenden, also Dienstleister und Lieferanten zu zwingen, einen Teil ihrer durch reguläre Ausschreibungsverfahren erlangten Aufträge gemäß einer illegalen Regelung wieder abzugeben. Dahwa, der sich gegen die korrupten Praktiken stellte, versuchte, sich diesen Absichten zu widersetzen. Doch Kwinana war nicht die einzige Gegnerin des aufrechten Einkaufschefs. Als er sich an jenem 2. Oktober 2015 mit Kwinana im Sitzungsraum befand, kam bald ein weiteres Verwaltungsratsmitglied hinzu, das den Umbruch unter Minister Gigaba, einem Vertrauten des damaligen Staatschefs Jacob Zuma, nicht nur überstanden,

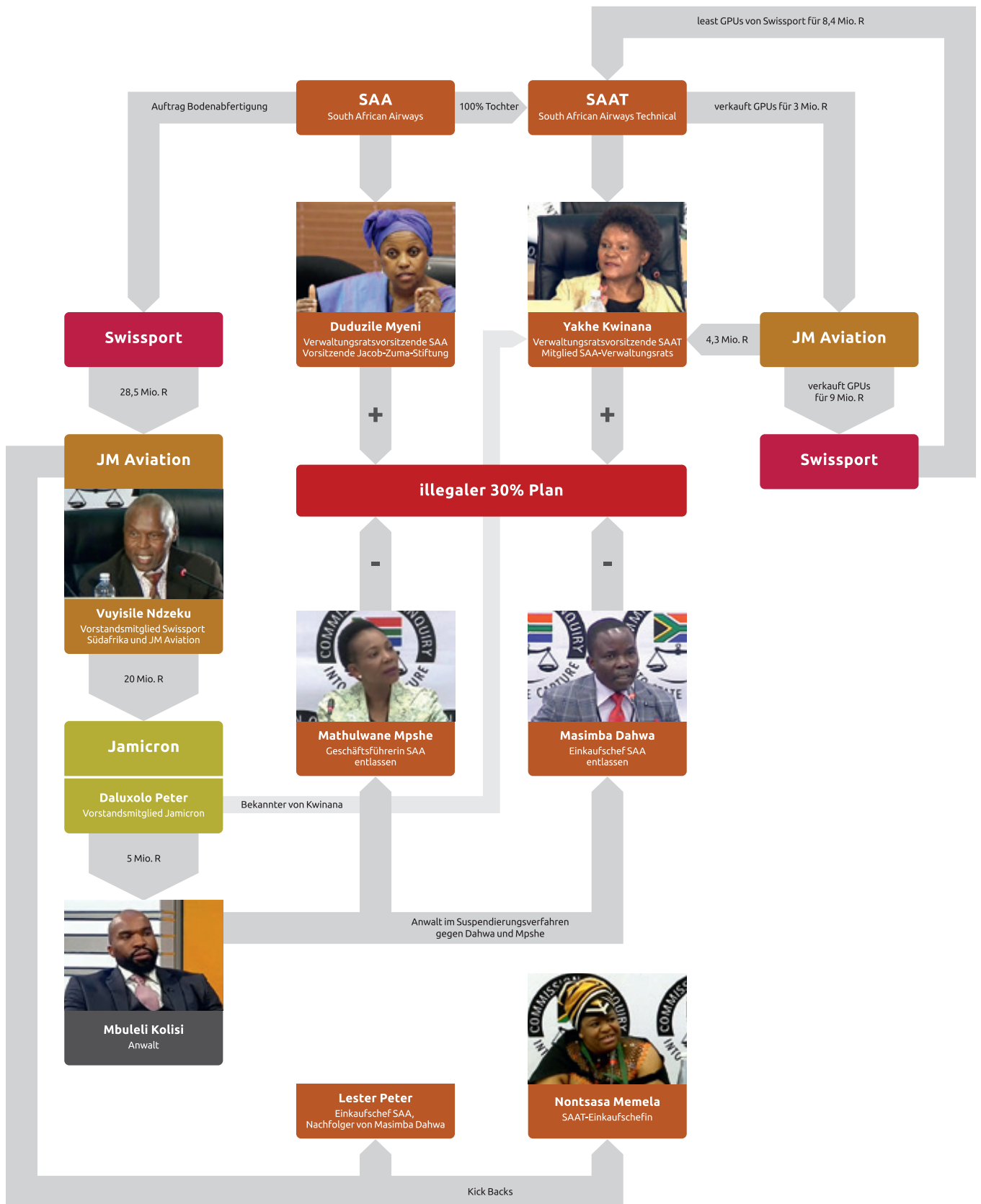
sondern zum Aufstieg genutzt hatte: Duduzile Myeni, seit 2012 Vorsitzende des Verwaltungsrats und zugleich Vorsitzende der Jacob-Zuma-Stiftung.

Myeni fragte Kwinana über Dahwas Kopf hinweg, wie weit dieser mit der Umsetzung der 30-Prozent-Regelung sei. Die SAAT-Verwaltungsratsvorsitzende antwortete, Dahwa flüchte sich in Ausreden. Daraufhin sprach Myeni Dahwa direkt an und teilte ihm mit, dass sie seine Stelle neu ausschreiben würde. Eine Erwiderung des Gescholtenen ließ sie nicht zu, stattdessen wies sie ihn an, in sein Büro zu gehen und die Aufträge entsprechend der von ihr gewünschten – illegalen – 30-Prozent-Regelung zu unterzeichnen. Dahwa ging, wie ihm befohlen, brachte es aber nicht übers Herz, die Verträge zu unterzeichnen. Als er Kwinana und Myeni dies mitteilte, wiesen sie ihn an, den Namen von Geschäftsführerin Mathulwane Mpshe unter die Verträge zu setzen, zu ihr zu gehen und sie unterzeichnen zu lassen. Auch Mpshe weigerte sich jedoch, die rechtswidrigen Schriftsätze zu unterschreiben. Es folgten noch einige Drohungen, die sich unter anderem auf Dahwas Herkunft (er ist Simbabwer) bezogen, und die Ankündigung Kwinanas, ein Disziplinarverfahren gegen ihn anzustrengen. Erst nach acht Stunden war das im Kommissionsbericht als „Tortur“ beschriebene Meeting vorbei.

Der Swissport-Deal

Nach einem Disziplinarverfahren, das die Kommission als „in höchstem Maße unfair“ beschrieb, wurde Dahwa am 3. Dezember 2015 suspendiert. Mpshe war ihres Amtes als Geschäftsführerin bereits knapp drei Wochen zuvor, am 13. November, enthoben worden. Dahwas Nachfolger als Einkaufschef, Lester Peter, schickte die illegalen Verträge, wie von Kwinana und Myeni gewünscht, an Swissport. Der Schweizer Konzern hatte bereits 2011 den Zuschlag für die Bodenabfertigung bekommen, allerdings war diese Zusammenarbeit nie durch einen Vertrag abgesichert worden. Diesen Umstand lastet die Kommission der SAA und den häufigen Wechslern im Verwaltungsrat der Airline an. Swissport hatte seine Leistungen dennoch erbracht, konnte aber nur von Monat zu Monat planen, weshalb der Konzern ein Interesse an einer vertraglichen Absicherung hatte. Diese bekam das Unternehmen mit dem ab 1. April 2016 und für fünf Jahre gültigen Kontrakt nun – allerdings „in Umständen, die irregulär und gesetzeswidrig waren“, wie die Kommission festhielt.

Für Swissport hatte der Deal zwei Folgen: Einerseits verlängerte sich die Geschäftsbeziehung mit SAA, die nach der ursprünglichen Ausschreibung eigentlich 2017 ausgelaufen wäre, so bis 2021, ohne dass es dafür eine neuerliche Ausschreibung gegeben hätte. „Der Vertragswert wurde da-



durch doppelt so hoch wie der Umfang der ursprünglichen Ausschreibung“, heißt es dazu im Kommissionsbericht. Andererseits musste Swissport aber nun – so war es als Vertragsbedingung festgeschrieben – einen Teil des Auftragsvolumens an ein Unternehmen weitergeben, das „schwarze Frauen, Jugendliche, Militärveteranen und Menschen mit Behinderungen“ einband.

Reichlich Schmiergeld: JM Aviation kommt ins Spiel

Die Auswahl dieser südafrikanischen Partnerfirma nahm die SAA-Spitze gleich selbst vor. Den Zuschlag erhielt ein Unternehmen namens JM Aviation, das zu einer Reihe von Firmen gehörte, die Myeni und Kwinana im Rahmen ihrer Informationsveranstaltungen als potenzielle Partner eingeladen hatten. Im Vorstand von JM Aviation saß ein Mann, der zugleich im Vorstand der südafrikanischen Tochter von Swissport saß: Vuyisile Ndzeku. Seiner eigenen Einlassung zufolge hatte er Swissport jedoch nicht über seine Tätigkeit für JM Aviation informiert. Letztlich flossen 28,5 Millionen Rand (1,6 Millionen Euro) von Swissport an JM Aviation. Fraglich bleibt, wofür.

Von der Kommission dazu aufgefordert, Belege beizubringen, die beweisen könnten, dass zwischen Swissport und JM Aviation eine echte Geschäftsbeziehung bestand, musste der Schweizer Konzern laut Kommissionsbericht eingestehen, „dass er nicht einen einzigen Zettel Papier hatte, der irgendeinen Aspekt des angeblich zwischen den beiden Parteien bestehenden Vertrags belegen konnte“. Man muss kaum zwischen den Zeilen lesen, um die Frustration der Kommission im Bericht zu erkennen: „Es gab nicht eine einzige E-Mail.

Es gab keine Gesprächsnotizen, keine Rechnungen, keine Präsentationen, keine Termine, keine Designdokumente – absolut nichts.“

Was es aber gab, waren Zahlungen von mehreren Millionen Rand an Personen, die beim „Ermöglichen“ des Vertragsabschlusses „behilflich“ waren. Die Zuwendungen werden im Bericht als „wahrscheinlich ‚Kick-Backs‘“ bewertet, oder einfacher gesagt: Schmiergeld. Als Empfänger werden im Kommissionsbericht Dahwas Nachfolger Lester Peter (der neue Einkaufschef, der die illegalen Verträge bereitwillig versandt hatte), Swissport- und JM-Aviation-Vorstandsmitglied Ndzeku, die SAAT-Einkaufschefin Nontsasa Memela und ein gewisser Daluxolo Peter aufgeführt. Letzterer gilt als persönlicher Bekannter von Kwinana und saß im Vorstand einer Firma namens Jamicron, die die SAAT-Verwaltungsratschefin als 30-Prozent-Partner für Swissport durchdrücken wollte. Letztlich erhielt Jamicron 20 Millionen Rand der 28,5 Millionen Rand, die Swissport an JM Aviation überwies. Fünf Millionen Rand musste Daluxolo Peter auf Geheiß von Ndzeku in bar abheben und an einen Anwalt namens Mbuleli Kolisi übergeben. Kolisi – und da schließt sich der Kreis – war genau der Anwalt, den die SAA-Führung um Myeni und Kwinana für die Suspendierung ihrer aufrechten Widersacher Dahwa und Mpshe engagiert hatte.

Durch eine weitere Klausel, die den Buchstaben nach der Förderung schwarzer Menschen in der Wirtschaft dienen sollte, wurde JM Aviation über Nacht zudem um weitere sechs Millionen Rand (340.000 Euro) reicher. Von der Summe flossen 4,3 Millionen Rand (240.000 Euro) umgehend weiter zu Kwinana.



Absturz mit Ansage: Die staatliche Fluggesellschaft South African Airways.

Dieser Teil des Geschäfts zeigt zudem frappierend einfach auf, wie sehr die korrupten Machenschaften zu Lasten der SAA gingen. So verkaufte die Flottentochter SAAT im März 2016 eine Reihe von Ground Power Units (GPUs), Generatoren für die Stromversorgung von Flugzeugen am Boden, für etwas über drei Millionen Rand (170.000 Euro) an JM Aviation. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Geräte einen Buchwert von knapp acht Millionen Rand (450.000 Euro), wurden demnach also deutlich unter Wert veräußert. Nur einen Tag später verkaufte JM Aviation exakt diese GPUs für mehr als neun Millionen Rand (510.000 Euro), also etwas über Buchwert, weiter an Swissport. Der Schweizer Konzern leaste die Geräte schließlich zurück an SAAT, wofür die SAA-Tochter laut Kommissionsbericht 8,4 Millionen Rand (476.000 Euro) gezahlt hat. Insgesamt ist der Fluggesellschaft so durch den Verkauf eigener Infrastruktur unter Wert sowie durch die folgenden Leasingkosten ein Verlust von 14,5 Millionen Rand (820.000 Euro) entstanden.

Alle Empfänger des mutmaßlichen Schmiergelds aus den Deals zwischen Swissport und JM Aviation hat die Kommission der Staatsanwaltschaft für weitere Ermittlungen vorgeschlagen. Kwinana und Myeni sind selbstredend auch unter denjenigen, gegen die ermittelt werden soll, wobei es bei beiden um noch weitaus mehr Vorwürfe geht. Die Machenschaften bei SAA füllen im Kommissionsbericht 448 Seiten.

Kommission empfiehlt lediglich strafrechtliche Verfolgung

Darunter war der Swissport-Deal nicht einmal das folgenschwerste Vergehen. Der SAA-Verwaltungsratsvorsitzenden Myeni wirft die Kommission beispielsweise vor, den Minister für Öffentliche Unternehmen über zwei Beschlüsse des Verwaltungsrats in die Irre geführt zu haben. Sie hatte behauptet, der Rat habe sich für einen Leasing-Deal für zehn Flugzeuge entschieden und dann eigenmächtig versucht, die Finanzierung zu organisieren. Nichts daran stimmte, der Verwaltungsrat hatte ihren Vorschlag abgelehnt und wollte nur zwei Maschinen leasen. Durch Myenis Handeln bedingte Verzögerungen führten für SAA zu einem Schaden von 800 Millionen Rand (44,5 Millionen Euro). Die Kommission schlägt deshalb vor, eine Anklage wegen Betrugs zu prüfen.

Die SAAT-Verwaltungsratsvorsitzende Kwinana hat laut Kommissionsbericht, ebenso wie SAAT-Einkaufschefin Memela, zudem Zahlungen in Verbindung mit einer Ausschreibung für Komponenten erhalten. Der Auftrag war an ein Joint Venture vergeben worden, an dem wiederum JM Aviation sowie der US-Konzern AAR beteiligt waren.

Gegen Myeni stellte die Kommission gar Strafanzeige, weil sie den Klarnamen eines Informanten verraten hatte, dessen Identität unter Schutz gestellt worden war. Andere Whistleblower-Berichte soll Myeni hingegen bisweilen zu ihrem Vorteil genutzt haben, wenn auch keine echten. Das ging der Aussage einer ehemaligen Angestellten zufolge, die sich wiederum auf Erzählungen Kwinanas berief, so: Erledigten Untergebene ihre korrupten Machenschaften nicht zu ihrer Zufriedenheit, ging Myeni höchstpersönlich – und in Verkleidung (!) – in ein Café, um von dort online frei erfundene Whistleblower-Berichte abzusetzen, in denen sie ihre Kontrahent:innen mit Anschuldigungen überhäufte. Im Anschluss drängte sie dann auf den Rauswurf der Betroffenen. Die Kommission befand folgerichtig, Myeni habe „durch eine Mischung aus Fahrlässigkeit, Inkompetenz und gezielter korrupter Absicht die Unternehmensrichtlinien bei SAA außer Kraft gesetzt, ein Klima von Angst und Einschüchterung geschaffen und eine Reihe operationaler Entscheidungen getroffen, die SAA in einen chaotischen Zustand abrutschen ließen“.



Gegen Duduzile Myeni, Verwaltungsratsvorsitzende der SAA, schlägt die Zondo-Kommission Anklage wegen Betrugs vor.

Der Niedergang der südafrikanischen Staatsfluggesellschaft ist ein Beispiel dafür, wie Korruption aus dem eigenen Apparat heraus durch zwielichtige Entscheidungsträger:innen angestoßen wird und große Konzerne das Spiel mitspielen, um nicht von den Einnahmequellen abgedrängt zu werden. Im Fall von Swissport lag der Anstoß zur Korruption klar auf Seiten der SAA-Führung. Dennoch verwundert es ein wenig, wie einfach der Schweizer Konzern in den Empfehlungen der Kommission davonkommt. Denn ohne seine Beihilfe und seine Einwilligung, Teile des Vertrags an offensichtliche Schein-Firmen abzugeben, wären die kriminellen Machenschaften nicht möglich gewesen.

Dass die Sicherung des Auftrags für Swissport in direktem Zusammenhang mit einer Zusammenarbeit mit der von der korrupten SAA-Führung zwischengeschalteten Schein-

Firma stand, zeigt die Kommission in ihren Empfehlungen auch anhand der zeitlichen Abfolge. „SAAs Abschluss eines Fünfjahresvertrags für die Bodenabfertigung erfolgte einen Monat, nachdem Swissport ein Service-Abkommen mit JM Aviation abgeschlossen hatte, auf dessen Grundlage JM Aviation 28,5 Millionen Rand bekam“, heißt es im Bericht. Durch die Auflistung der Profiteure wird zudem offensichtlich, dass durch den Vertrag mit der Schein-Firma lediglich die Schmiergeldzahlungen verschleiert wurden. Eine eindeutige Empfehlung zur strafrechtlichen Verfolgung der Swissport-Verantwortlichen folgt daraus dennoch nicht, stattdessen eher eine Kann-Regelung: „Die Kommission empfiehlt, dass die Strafverfolgungsbehörden zur Rolle von Swissport bei diesen Deals weiter ermitteln, und wo es geboten erscheint, sollte die Generalstaatsanwaltschaft die Strafverfolgung all jener erwägen, die in kriminelle Handlungen involviert waren.“



Der Fall des US-Konzerns AAR

Noch deutlicher wird die unterschiedliche Behandlung der beiden in einen korrupten Deal verwickelten Seiten im Falle des Auftrags an den US-amerikanischen Konzern AAR. Auch hier stellt die Kommission fest, dass geleistete Zahlungen des AAR-Partners JM Aviation an SAA-Offizielle „wahrscheinlich Schmiergeld“ waren. Der Bericht lässt keinen Zweifel daran, dass die Auftragsvergabe „gesetzeswidrig, irregulär und unfair“ war. Was die Vorstandsmitglieder von JM Aviation, die damaligen Mitglieder des SAAT-Verwaltungsrats und die Einkaufschefin der SAA-Techniktochter, Nontsasa Memela, angeht, klingt die Kommissionsempfehlung daher auch relativ eindringlich: Die Generalstaatsanwaltschaft solle eine Anklage „wegen Korruption und damit zusammenhängender Verbrechen ernsthaft erwägen“. In Bezug auf den involvierten Großkonzern heißt es dagegen nur, die südafrikanischen Strafverfolger sollten „auch erwägen, die US-Justizbehörde wegen der Rolle von AAR in diesem Projekt zu kontaktieren“.

Dabei stellt sich der Fall AAR im Hauptteil des Berichts sogar noch klarer schuldhaft dar als der Swissport-Deal. „Die Beziehung zwischen SAAT und AAR begann im Februar 2015, als Frau Cheryl Jackson, die Vizepräsidentin für Regierungsangelegenheiten und Konzernentwicklung bei AAR, auf Herrn Nico Bezuidenhout, damals Interims-Geschäftsführer bei SAA, zukam und den Vorschlag zu einer Partnerschaft zwischen AAR und SAAT unterbreitete.“ Der Impuls ging hier also klar von AAR aus. Problematisch war dies vor allem, weil für die angebotenen Dienstleistungen rund um die Reparatur und Bereitstellung von Teilen gerade eine offene Ausschreibung lief. Eine vierköpfige SAA-Delegation, darunter Kwinana und Memela, flog gar zu einem Besuch in die USA, um dort direkt mit AAR zu verhandeln, während der Ausschreibungsprozess noch lief. Ein solches Vorgehen war hochgradig irregulär. Die ergebnisoffene Suche nach dem besten und günstigsten Zulieferer wurde schließlich abgebrochen, um stattdessen einzig die Partnerschaft mit AAR weiter zu verfolgen. JM Aviation wurde auch hier als Schein-Partner integriert, um das Schmiergeld weiterzuleiten.

Internationale Konzerne nur Opfer?

Anstatt tiefergehend zu ermitteln, warum die internationalen Konzerne sich derart in korrupte Praktiken einbinden ließen, welche Mechanismen innerhalb ihrer Chefetagen griffen – oder versagten – und wer dort was wusste, fokussierte sich die Kommission wesentlich stärker auf die Empfängerseite des Schmiergelds. Die Konzerne werden zwar kritisiert und weitere Ermittlungen zumindest angeregt, ansonsten wird ihnen aber fast eine Opferrolle eingeräumt. So übernimmt die Kommission in ihrem Bericht kommentarlos eine schriftliche Erklärung des ehemaligen Swissport-CEOs Peter Kohl, in der dieser zunächst ausführte, dass der SAA-Auftrag 70 Prozent des Geschäfts der südafrikanischen Swissport-Tochter ausmachte. Die Erklärung gipfelt in dem Satz: „Wenn Swissport den SAA-Auftrag verloren hätte, wäre es liquidiert worden.“ Vorgebliche ökonomische Zwänge drohen so zur Erklärung für korruptes Verhalten zu werden. Jegliche Sympathie wäre hier jedoch fehl am Platz, denn die wahren Opfer des SAA-Skandals sind Menschen wie Masimba Dahwa und Mathulwane Mpshe, die aufgrund ihres Widerstands gegen die Korruption ihre Jobs verloren haben, sowie alle Südafrikaner:innen, die unter kaputtgesparten staatlichen Diensten leiden.

Fotos: Twitter/@OpenSecretsZA | pixfuel | Hansueli Krapf, cc by-sa 3.0 | OUTA

Grafik: HUSS design

Falsch verbunden

Die lokale Tochter des deutschen Telekommunikationskonzern T-Systems war in Südafrika zweitgrößter Profiteur von State-Capture-Aufträgen. Korruptionsvorwürfe streitet der Konzern aber bis heute ab.

„We enable mobility“, den Slogan hatte sich die Telekom-Tochter T-Systems in den 2010er-Jahren auf die Fahnen geschrieben. In Südafrika galt die Ermöglichung von Mobilität dabei offensichtlich auch Sporttaschen voller Bargeld, die im Zusammenhang mit Aufträgen von Staatskonzernen an die lokale Tochter des deutschen Telekommunikationsunternehmens den Besitzer wechselten. Lukrativ waren die Geschäfte dabei längst nicht nur für die Empfänger:innen der Schein-Bündel, sondern in erster Linie auch für T-Systems. Insgesamt 12,3 Milliarden Rand (680 Millionen Euro) ließ sich das Unternehmen vom staatlichen südafrikanischen Logistikkonzern Transnet und vom Stromversorger Eskom überweisen. T-Systems war damit nach den inzwischen zusammengeschlossenen Eisenbahnbauern China South Rail und China North Rail der größte Profiteur von Aufträgen im Zuge der State Capture in Südafrika.

Lukrative Vertragsverlängerungen dank Gupta-Verbindungen

T-Systems hatte mit Transnet im Dezember 2009 einen ursprünglich auf fünf Jahre befristeten Vertrag über die Bereitstellung von IT-Ausstattung und Datenverarbeitungsdiensten abgeschlossen. Noch bevor die fünf Jahre abgelaufen waren, arbeitete das Unternehmen jedoch mit Firmen aus dem Umfeld der mit Staatschef Jacob Zuma verbundenen Gupta-Brüder zusammen. „Dem Anschein nach hat T-Systems Gupta-Entreprise-Verbindungen genutzt, um seine Position bei Transnet zu sichern sowie Länge und Wert seines MSA-Vertrags (Master Service Agreement, deutsch:

Dienstleistungsrahmenvereinbarung) mehr als zu verdoppeln“, heißt es dazu unter der Zwischenüberschrift „Die Mittel der Öffentlichen Hand, die durch State Capture zum Gupta-Entreprise abgezweigt wurden“ im State-Capture-Bericht.

Für den „Anschein“ folgen im Bericht eine ganze Reihe von Belegen. So begann T-Systems bereits ab August 2012 Geld an die Firma Zestilor zu überweisen, die von der Ehefrau des Gupta-Vertrauten Salim Essa geführt wurde. Im Dezember 2014, kurz bevor der ursprüngliche Vertrag mit T-Systems ausgelaufen wäre, trat das Unternehmen zudem den Auftragsteil über Verkauf und Vermietung von Ausstattung an Zestilor ab. Anschließend verlängerte Transnet den Kontrakt mit T-Systems um zwei weitere Jahre. In den Folgejahren gab es weitere Interims-Verlängerungen des T-Systems-Auftrags, reguläre Ausschreibungen wurden hingegen immer wieder zurückgezogen, obwohl ein besseres Angebot eines südafrikanischen Mitbewerbers vorlag. Transnet habe „nicht nur das Ausstattungsgeschäft an Zestilor abgetreten, sondern auch die Umleitung von Transnet-Mitteln an die Gupta-Firma Sechaba ermöglicht“, heißt es im State-Capture-Report weiter. T-Systems machte Sechaba zum „Zulieferer-Entwicklungspartner“ und überwies in drei Jahren mehr als 320 Millionen Rand (18 Millionen Euro).

Die State-Capture-Kommission ließ in ihrem Bericht keinen Zweifel daran, wozu diese Zahlungen dienten. „Transnet belohnte T-Systems für seine neue Beziehung zum Gupta-Entreprise nicht nur mit der Verlängerung des T-Systems-MSA, sondern auch mit einer dramatischen Erhöhung der Zahlun-



gen im Rahmen des MSA⁴, heißt es darin. In den ersten fünf Jahren des Vertrags zahlte Transnet demnach insgesamt etwas mehr als 1,3 Milliarden Rand (72 Millionen Euro) an T-Systems, in den beiden Verlängerungsjahren 2015 und 2016 flossen dann mehr als 1,5 Milliarden Rand (83 Millionen Euro). Das entsprach nahezu einer Verdreifachung der jährlichen Zahlungen. Diese Teuerungsrate erscheint noch bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass T-Systems den Verkauf und die Vermietung von Ausstattung mit Effekt von Mai 2015 an Zestilor abgegeben hatte. Der Trend der teuren Interimsverlängerungen setzte sich bis zur Kündigung des Vertrags im Dezember 2018 fort.



Auch der Stromversorger wurde geschröpft

Dieselbe Masche wandte T-Systems beim staatlichen südafrikanischen Stromversorger derart baugleich an, dass die State-Capture-Kommission ohne Umschweife feststellte: „Bei Eskom nutzte T-Systems seine Beziehung mit dem Gupta-Entreprise mit noch größeren Auswirkungen aus.“ Aus einem Ursprungsvertrag über Leistungen von knapp drei Milliarden Rand (167 Millionen Euro) generierte T-Systems schließlich Einnahmen von fast acht Milliarden Rand (444 Millionen Euro). Im Kommissionsbericht wird dabei auch auf einen internen Compliance-Report von T-Systems verwiesen, in dem das Unternehmen selbst feststellte, dass eine formale Zusammenarbeit mit dem Gupta-Mann Essa Risiken im Zusammenhang mit Anti-Korruptionsgesetzen bergen würde. Die Konsequenz: Die Zusammenarbeit mit Essa, dem der T-Systems-Report ein „starkes Netzwerk zu Eskom-Offiziellen“ attestierte, wurde informell fortgesetzt. Die State-Capture-Kommission stellte daher fest, dass T-Systems „seine eigenen internen Regeln missachtet“ hat.

Während das Geld reichlich floss, ließen die Dienste zu wünschen übrig. So fiel bei Transnet 2015 beispielsweise auf, dass die Sparte Transnet Group Capital zwar für 2200 Computer bezahlte, aber nur 1100 der Geräte auch nutzte. 450 weitere Computer wurden zwar ausgeliefert, verschwanden aber und konnten auch nicht geortet werden, weil die dazu nötige

Software nicht installiert worden war. Laut Kommissionsbericht zahlte Transnet dennoch jahrelang weiter Leasing-Gebühren für nicht-existente Computer an Zestilor. Als der MSA-Vertrag schließlich Anfang 2017 neu vergeben werden sollte, lag Transnet ein Angebot des südafrikanischen Unternehmens Gijima vor, das dem staatlichen Logistikkonzern eine Einsparung von einer Milliarde Rand (55,6 Millionen Euro) gegenüber dem Angebot von T-Systems gebracht hätte. Die folgerichtige Entscheidung des Transnet-Managements für Gijima kippte der von Gupta-Getreuen durchgesetzte Verwaltungsrat jedoch wieder und optierte schließlich für eine weitere kostspielige Verlängerung des T-Systems-MSA.

Morddrohung vom Chef

Der Kommissionsbericht zeigt in schockierenden Details, wie solche Entscheidungen zustande kamen. Exemplarisch ist der Fall des Eskom-Verwaltungsratsmitglieds Norman Baloyi. Erst im Dezember 2014 in das Gremium berufen, wunderte er sich bald, weshalb die Ausschreibung des MSA-Vertrags aufgrund des hohen damit verbundenen Werts nicht zügig fertiggestellt wurde. Baloyi erschien es zudem fragwürdig, weshalb die Verlängerung des Kontrakts mit T-Systems nicht dem Verwaltungsrat, sondern nur einem Untergremium, dem Board Tender Committee, vorgelegt wurde. Als er den Vorsitzenden dieses Gremiums, den inzwischen verstorbenen Ben Ngubane, dazu befragen wollte, habe dieser ihn lediglich angeschrien. T-Systems bekam in der Folge die Verlängerung des Vertrags. Baloyi wurde bereits im April 2015, nur gut vier Monate nach Dienstantritt, wieder entlassen.

Noch drastischer ist die Geschichte, die die damalige Verantwortliche für Informationstechnik bei Transnet, Makano Mosidi, vor der Kommission von einem Treffen mit dem damaligen Transnet-Vorstandsvorsitzenden Siyabonga Gama berichtete. Bei dem Meeting in einem Johannesburg Hotel hatte Mosidi versucht, Gama davon zu überzeugen, dass eine Entscheidung für den günstigeren T-Systems-Konkurrenten Gijima die richtige wäre. Zur Antwort bekam sie eine kaum verhohlene Drohung, die im Kommissionsbericht wie folgt zitiert wird: „Beschaffungswesen kann ein lebensgefährliches Geschäft sein, wenn man eine Party ruiniert.“

Nachvollziehbar wird die Ernsthaftigkeit dieser Drohung, wenn man sich ansieht, wen die Kommission als Teilnehmende dieser „Party“ identifizierte. Namentlich genannt werden im Zusammenhang mit der Korruption bei Transnet der Vorstandsvorsitzende Brian Molefe (der später die gleiche Funktion bei Eskom übernahm), sein Vorgänger und Nachfolger Gama, Finanzchef Anoj Singh (später ebenfalls bei Eskom),

Interimsfinanzchef Garry Pita und schließlich Malusi Gigaba, damals Minister für Öffentliche Unternehmen.

Die Guptas, in deren Firmengeflecht die Transnet-Mittel unter anderem via T-Systems abgezweigt wurden, mussten sich ihren politischen Schutz selbstverständlich erkaufen. An dieser Stelle kamen die Sporttaschen ins Spiel, auf denen sich ebenso selbstverständlich nie ein unmittelbarer Fingerabdruck eines T-Systems-Offiziellen würde finden lassen. In solchen und ähnlichen Behältnissen haben die fünf Inkrimierte nach Aussagen ihrer Leibwächter und Fahrer große Mengen Bargeld aus dem Anwesen der Guptas in Johannesburg abgeholt. Einer der Zeugen berichtete zudem von expliziten Drohungen vor seiner Aussage. Alle drei sagten persönlich vor der Kommission aus, ihre Identitäten wurden jedoch geschützt.

Beste Freunde: die Gupta-Brüder und Präsident Zuma

Ob die Liste der Korruptionsbegünstigten mit den fünf Genannten erschöpft ist, darf bezweifelt werden. Gigabas von ihm inzwischen getrennte Ehefrau Nomachule jedenfalls berichtete vor der Kommission, dass ihr Gatte zeitweise Anrufe der Guptas zu ignorieren versucht habe. Letztere hätten dem Minister daraufhin aber klargemacht, dass sie es gewesen seien, die ihn ins Amt gebracht hätten – und dass sie ihn entsprechend auch wieder daraus entfernen könnten. Es war nicht das einzige Mal, dass Zeug:innen vor der Kommission erklärten, die Guptas hätten mit ihrem direkten Einfluss auf den damaligen Staatspräsidenten Jacob Zuma gedroht, der das Brüder-Trio ohnehin öffentlich als seine „Freunde“ bezeichnete. Mit Bezug auf dahingehende Anschuldigungen sowohl des damaligen Chefs der Regierungsinformationsbehörde Government Communication and Information System (GCIS), Themba Maseko, und des Vizefinanzministers Mcebisi Jonas, die sich beide geweigert hatten, mit den Guptas zu arbeiten, stellte die State-Capture-Kommission in ihrem Bericht fest: „Die Darstellung ist nicht nur, dass Herr Ajay Gupta und Herr Tony Gupta gesagt haben, dass Präsident Zuma alles tun könne, was sie von ihm wollten, sondern der Kommission wurden Beweise vorgelegt, die zeigen, dass Präsident Zuma bereit war, selbst Leute aus ihren Ämtern zu entfernen, die ihre Arbeit sehr gut machten, wenn die Guptas diese Leute entfernt haben wollten oder wenn die Guptas mit ihnen verbundene Leute in diesen Positionen haben wollten.“ Dass Zuma dabei nicht auch selbst finanziell profitierte, ist schwer vorstellbar. Zugleich ist ein entsprechend kriminelles Handeln seinerseits offensichtlich noch schwerer nachweisbar. Die Kommission jedenfalls schlug keine Ermittlungen gegen den Ex-Präsidenten vor.

Das jähe Ende

Eingestürzt ist das Korruptionsgebäude dennoch. 2017 ließ Gijima die erneute Vergabe des MSA-Vertrags an T-Systems vor Gericht anfechten. Das Unternehmen wurde dabei vom Finanzministerium unterstützt. Unter diesem Druck beantragte schließlich auch Transnet, die Auftragsvergabe zu annullieren. T-Systems wehrte sich dagegen zunächst, zog seinen Gegenantrag aber letztlich doch zurück. Das Urteil, das Richterin Raylene Keightley schließlich 2018 am North Gauteng High Court sprach, hätte für die Transnet-Führung und für T-Systems kaum vernichtender sein können. Gesetzeswidrig und irregulär sei der Auftrag vergeben worden, befand Keightley und entschied: „Eine derart behaftete Entscheidung Bestand haben zu lassen, wäre schädlich für die Verfassungsanforderung, dass Auftragsvergabeverfahren fair, unparteiisch, transparent, wettbewerblich und kosteneffektiv sein sollen.“

Gama, Molefe, Singh und Pita wurden 2022 allesamt wegen der noch umfangreicheren und ebenfalls korrupten Geschäfte mit China South Rail und China North Rail verhaftet. Die Verfahren laufen noch, die Männer wurden auf Kautionsfreigabe freigelassen. Gupta-Mann Essa war noch 2017, kurz nach Bekanntwerden des Skandals, aus Südafrika geflohen. Die State-Capture-Kommission empfahl auch gegen Gigaba die Aufnahme von strafrechtlichen Ermittlungen, angeklagt wurde er bisher aber nicht. Stattdessen durfte der Politiker sogar unter Zumas Nachfolger Cyril Ramaphosa zunächst ein weiteres Ministeramt belegen. Als Chef der Innenbehörde musste er Ende 2018 jedoch zurücktreten, nachdem ein für eine Geliebte bestimmtes Masturbationsvideo in sozialen Netzwerken verbreitet worden war.

Die 1997 gegründete südafrikanische Tochtergesellschaft von T-Systems hingegen bestand schon nicht mehr, als das Urteil im Auftragsvergabeprozess am North Gauteng High Court 2018 gesprochen wurde. Wie die südafrikanische Anti-Korruptions-Organisation Open Secrets auf ihrer Website berichtet, hatte das deutsche Mutterunternehmen die Sparte nach Bekanntwerden der Vorwürfe bereits im Oktober 2017 eilig an den Mitbewerber Gijima verkauft. Der Mutterkonzern in Deutschland streitet allerdings jegliche Korruptionsvorwürfe weiterhin ab, entsprechende Anfragen von Open Secrets blieben unbeantwortet. Im September 2022 wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main wegen der Korruptionsvorwürfe gegen T-Systems Ermittlungen aufgenommen hat. In Südafrika hingegen gibt es bisher kein Verfahren gegen das Unternehmen.

Fotos: Twitter/@OpenSecretsZA



Zu hoch, zu korrupt, zu straflos

Wie die spanische Tochter eines deutschen Konzerns Lokomotiven nach Südafrika lieferte, die nie auf die Schiene durften – und die Staatsbahn Prasa so ins Chaos stürzte.

Welche Stilblüten die Unterwanderung von Auftragsvergabeprozessen durch korrupte Netzwerke treiben kann, zeigt das Beispiel der südafrikanischen Eisenbahngesellschaft Passenger Rail Agency of South Africa (Prasa). Der für den Personenverkehr auf der Schiene zuständige Staatsbetrieb hatte gegen Ende der Nullerjahre Modernisierungsbedarf bei den Lokomotiven auf seinen Langstrecken erkannt. Also veröffentlichte Prasa im Juli 2009 ein Ersuchen um Interessenbekundung (Request for Expression of Interest, REOI), um herauszufinden, welche Firmen in der Lage wären, die gesuchten Lokomotiven zu liefern. Danach passierte eine Weile nicht viel, ehe im Mai 2011 eine Delegation des Unternehmens Vossloh España, der spanischen Tochter des deutschen Eisenbahnbauers Vossloh AG, die Lokomotivenflotte von Prasa inspizierte und anschließend Empfehlungen zum Bedarf des Staatsunternehmens aussprach. Die vorgebliche Lösung für Prasas Nöte hatte Vossloh passenderweise auch gleich parat, leider nur buchstäblich eine Nummer zu groß.

Doch der Reihe nach: Die State-Capture-Kommission weist in ihrem Bericht im Kapitel zur Auftragsvergabe für die Lokomotiven darauf hin, dass nach der Vossloh-Inspektion bei Prasa sich zunächst eine „Entwicklung“ zutrug, „die keine Verbindung zu Lokomotiven zu haben scheint“, nämlich der Kauf von Klimaanlage der ebenfalls zum Vossloh-Konzern gehörenden Vossloh Kiepe. Zustande kam das Geschäft im

Juni 2011 auf Empfehlung des damaligen Leiters für Technische Dienste bei Prasa, Daniel Mthimkulu. Zwar zog der Deal zunächst einige Kritik auf sich, weil die Klimaanlage importiert und mit 3,6 Millionen Euro (damals 24,6 Millionen Rand) obendrein doppelt so teuer wie vergleichbare Modelle lokaler Hersteller waren. Doch für Mthimkulu und Vossloh war das Geschäft erst der Anfang.

Vosslohs „Mittelsmann“ gründet eine Scheinfirma

Im Juli 2011, zwei Monate nach der Vossloh-Inspektion, schrieb Prasa-Chefingenieur Mthimkulu an seinen CEO Lucky Montana, um nochmals auf den veralteten Zustand der eigenen Lokomotiven hinzuweisen und den Kauf von 100 neuen zu empfehlen. Im November desselben Jahres wurde der Auftrag zur Beschaffung der Lokomotiven, reduziert auf 70 Exemplare, dann ausgeschrieben. „Vossloh España konnte sich um einen derart großen Auftrag nach südafrikanischem Vergaberecht nicht allein bewerben“, erklärt die Anti-Korruptions-NGO Open Secrets, die den Fall ausführlich aufgerollt hat, dazu auf ihrer Website. Die Lösung dieses Dilemmas bot demnach ein Geschäftsmann namens Auswell Mashaba, den Open Secrets als „Vosslohs Mittelsmann“ beschreibt. Mashaba kaufte am 7. Februar 2012 eine Vorratsgesellschaft – also letztlich eine bloße Unternehmenshülle –

namens Mafori Finance Vryheid, die er später in Swifambo Rail Leasing umbenannte. Keine drei Wochen später, am 27. Februar, gab die Firma ihr Angebot für den 3,5 Milliarden Rand (194 Millionen Euro) schweren Lokomotivenauftrag ab. Unter Berufung auf die Aussage eines forensischen Ermittlers vor der State-Capture-Kommission schreibt Open Secrets zudem, dass Swifambo von Vossloh Geld erhalten hatte, um die Firma „aufzubauen“ – bereits zu einem Zeitpunkt, als Swifambo weder mit Prasa noch mit Vossloh ein offizielles Vertragsverhältnis hatte. Noch als Swifambo 2013 den Zuschlag bekam, hatte die Firma laut Open Secrets nicht einen einzigen Angestellten, keine weiteren Kunden und auch keinen weiteren Zulieferer.

Entscheidend dafür, dass Swifambo dennoch den Auftrag zur Beschaffung der Lokomotiven bekam, war einmal mehr Chefingenieur Mthimkulu, über den allerdings 2015 herauskam, dass seine Jobbezeichnung irreführend war. Dann nämlich fiel dem neuen Prasa-Vorstand auf, dass Mthimkulu nicht nur seinen Dokortitel gefälscht und sich mit einer Lüge eine Gehaltserhöhung erschlichen hatte, sondern dass er auch gar kein qualifizierter Ingenieur war. Dieser Umstand hatte ihn drei Jahre zuvor jedoch nicht davon abgehalten, die technischen Anforderungen für den Auftrag allein und ohne das dafür vorgesehene Expertengremium zusammenzustellen, was einen klaren Verstoß gegen Prsas Regeln darstellte. Mthimkulu nutzte diese vorschriftswidrige Gestaltungsfreiheit, um die Ausschreibung exakt so zu gestalten, dass Swifambo (und damit de facto Vossloh) als passendster Bieter für den Auftrag erschien. Dennoch wurden bei der Auftragsvergabe eine ganze Reihe von Ausschlusskriterien missachtet: Swifambo legte keine steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung für seinen Partner Vossloh España vor. Das Angebot erfüllte auch nicht die Anforderungen in Bezug auf den Anteil an in Südafrika produzierten Komponenten, da die Lokomotiven vollständig in Spanien entwickelt und hergestellt wurden. Und schließlich konnte Swifambo auch keinerlei Erfahrung in der Branche nachweisen.

Das Lokomotiven-Fiasko

Vielleicht wäre all das aber gar nicht aufgefallen, wenn bei dem korrupten Deal nicht ein kleines, aber entscheidendes Detail übersehen worden wäre: Die Lokomotiven, die Prasa letztlich von Vossloh kaufte, waren schlicht zu hoch für Südafrikas Schienennetz. Der Lapsus wurde schließlich 2015 bei einer Überprüfung durch die südafrikanische Kontrollstelle für Schienensicherheit entdeckt, die die Lokomotiven aufgrund der Überschreitung der maximal zulässigen Höhe als nicht einsatzfähig einstufte.

Bei Vossloh hätte man das eigentlich voraussehen können. Experten des Unternehmens hatten schließlich nicht nur 2011 die Infrastruktur bei Prasa inspiziert, sondern Vossloh España hatte auch auf eine Ausschreibung geantwortet, die die korrekten Maximalhöhen für die Lokomotiven enthielt. Zudem hatten mehrere mit dem Vertrag vertraute Prasa-Mitarbeitende sowie der staatliche Güterverkehrsbetrieb Transnet Freight Rail laut Open Secrets mehrmals darauf hingewiesen, dass die Lokomotiven die Maximalhöhe überschreiten würden. Open Secrets schlussfolgert daraus: „Vossloh hätte wissen müssen, dass es Lokomotiven baute und auslieferte, die auf Teilen des südafrikanischen Schienennetzes nicht fahren konnten.“

Der Konzern hielt dennoch an dem Vertrag fest. Kurz nachdem das Fiasko bekannt geworden war, musste der Prasa-CEO Montana seinen Hut nehmen. Ende 2015 zog der – zwischenzeitlich teils neu besetzte – Prasa-Vorstand dann



Open Secrets

Ursprünglich hervorgegangen aus einem Fellowship der Open Society Foundation arbeitet Open Secrets seit 2012 zu Wirtschaftskriminalität in Südafrika, zunächst mit Fokus auf die Apartheid-Ära, inzwischen verstärkt zu gegenwärtigen Themen. Seit 2017 ist Open Secrets eine eigenständige Non-Profit-Organisation, die mit investigativen Recherchen, juristischer Aufarbeitung und Lobby-Arbeit Verbrechen von Konzernen aufdeckt und die Täter:innen zur Verantwortung zieht. In seiner Analyse-Reihe „The Unaccountables“ (Die, die keine Rechenschaft ablegen) hat Open Secrets sich mit der Rolle internationaler Konzerne im Rahmen des State-Capture-Skandals auseinandergesetzt.

www.opensecrets.org.za

vor das Oberste Gericht in Johannesburg, um den Kontrakt für nichtig erklären zu lassen. Der Antrag war erfolgreich, der Schaden allerdings bereits beträchtlich. Obwohl Prasa zu diesem Zeitpunkt erst 20 Lokomotiven erhalten hatte, waren bereits 2,65 Milliarden Rand (147 Millionen Euro) an Swifambo überwiesen worden. Vossloh hatte davon 1,87 Milliarden Rand (104 Millionen Euro) bekommen.



Diebstahl in großem Stil: Beschlagnahmtes Eisenbahnkabel in Kapstadt.

Bemerkenswert ist auch, wie das Gericht das Geschäftsverhältnis zwischen Swifambo und Vossloh bewertete. „Swifambo“, so zitiert Open Secrets aus dem Urteil, „war in dem Abkommen mit Vossloh lediglich ein Alibi-Teilnehmer, der eine finanzielle Kompensation für die Nutzung seiner B-BBEE-Einstufung erhalten hat.“ Vossloh habe jedoch „die vollständige Kontrolle über jeden Aspekt des Vertrags“ gehabt. Der europäische Konzern, beziehungsweise dessen spanische Tochter, konnten so die Regularien des Broad-Based Black Economic Empowerment Acts (B-BBEE Act) umgehen, die auf eine Förderung schwarzer Menschen in der südafrikanischen Wirtschaft zielen. Die B-BBEE-Einstufung erfolgt danach, welchen Anteil schwarze Menschen an einem Unternehmen haben. In Südafrika, das strich auch das Gericht heraus, ist eine Umgehung der B-BBEE-Regeln, wie Vossloh sie mit Swifambo praktizierte, „eine Straftat“. Ein Verfahren gegen Swifambo und Vossloh folgte daraus bisher dennoch nicht, weil es keine Anklage gibt. Zuständig dafür wäre die Generalstaatsanwaltschaft (National Prosecuting Authority, NPA), die im Zuge der State Capture aber selbst stark geschwächt worden war.

Vossloh kommt glimpflich davon

Auch vor der State-Capture-Kommission kam Vossloh, das seine spanische Tochter Ende 2015 an den Schweizer Schienenfahrzeughersteller Stadler Rail verkauft hat, glimpflich davon. Das Unternehmen wurde zwar an einigen Stellen genannt, die Kommission lud aber nicht einmal einen Repräsentanten vor. Stattdessen verwendete sie viel Zeit und Energie auf den Versuch, das kriminelle Netzwerk hinter der

Auftragsvergabe auf südafrikanischer Seite offenzulegen. Bereits aus dem forensischen Bericht zu den Finanzflüssen aus dem Lokomotiven-Auftrag, den der Prasa-Vorstand 2015 in Auftrag gegeben hatte, um die Annullierung des Vertrags vor Gericht zu erreichen, ging hervor, dass Swifambo einen Teil des Geldes (56,6 Millionen Rand) an einen Geschäftsmann namens Makhensa Mabunda weitergeleitet hatte. Open Secrets weist darauf hin, dass das Gericht Swifambo-Eigner Mashaba seinerzeit beschuldigte, von Mabunda aufgefordert worden zu sein, sich in den Lokomotiven-Auftrag einzuschalten. Mabunda soll Mashaba demnach gesagt haben, er sei mit dem damaligen Prasa-CEO Montana befreundet und könne den Auftrag in die Wege leiten.

2017 fand die Compliance- und Strafverfolgungsabteilung der Finanzüberwachungsabteilung der Südafrikanischen Notenbank dann heraus, dass auch Vossloh in zehn Überweisungsvorgängen insgesamt 88,9 Millionen Rand (4,9 Millionen Euro) an Mabunda gezahlt hatte. Davon stammten 13,6 Millionen Euro (756 000 Euro) von Vossloh Kiepe, weshalb Open Secrets auch aufgrund der zeitlichen Nähe im Jahr 2011 von einem Zusammenhang zum Klimaanlagen-Auftrag ausgeht. Die restlichen 75,3 Millionen Rand kamen zwischen Februar 2014 und September 2015 von Vossloh España. Als das südafrikanische Nachrichtenportal News24 darüber 2018 berichtete, bestätigte Vossloh die Zahlungen und versuchte sie als Honorar für einen „unabhängigen Verkaufsrepräsentanten“ darzustellen. Open Secrets sieht darin eine „dubiose“ Verteidigung, da Vossloh schließlich schon drei Jahre zuvor den Aufbau seines „Kunden“ Swifambo finanziert hatte.

ANC-Führung ignoriert Korruptionswarnungen

Die State-Capture-Kommission bestätigte die Verbindung von Mabunda zu Prasa-Chef Montana. Im Kommissionsbericht wird zudem eine Aussage des ANC-Veteranen und Anti-Apartheid-Aktivisten Popo Molefe erwähnt, der 2015 als Vorsitzender des neuen Prasa-Vorstands versuchte, die korrupten Netzwerke aufzudecken. Molefe sagte aus, dass er im Juli oder August 2015 darüber informiert worden sei, dass Mashaba geäußert habe, 2012 angewiesen worden zu sein, 79 Millionen Rand aus dem Lokomotiven-Deal an Personen weiterzureichen, die das Geld demnach an den ANC weitergeben sollten. Molefe trat mit diesen Vorwürfen an die Parteiführung heran, erhielt zu seiner Enttäuschung aber keine Unterstützung.

Die State-Capture-Kommission weist in ihrem Bericht zudem auf den großen Einfluss eines Mannes bei Prasa

hin, dessen Beziehung zu Staatspräsident Zuma schon Gegenstand einer Frage im „State of Capture“-Report war, der Untersuchung also, die überhaupt erst zur Einsetzung der Untersuchungskommission geführt hatte. Der Name des Geschäftsmannes: Roy Moodley. Zuma hatte sich damals geweigert, auf die Fragen zu antworten. In eidesstattlichen Versicherungen gegenüber der Kommission lieferten Zeugen dann Beweise dafür, „dass mit Herrn Moodley verbundene Unternehmen bei Prasa bevorzugt behandelt wurden und dass Herr Montana in mehreren Fällen zu seinen Gunsten interveniert hat“. Die Kommission schreibt zudem, dass es „öffentlich bekannt ist, dass es eine ziemlich enge Beziehung zwischen Präsident Zuma und Herrn Roy Moodley gab, dessen Royal Security Herrn Zuma für 15 Monate vor Beginn seiner Präsidentschaft und einen Monat danach ein Gehalt zahlte“.

Prasa liegt in Trümmern

Wie genau die Geschehnisse bei Prasa durch diese Akteure beeinflusst wurden, konnte aber auch die Kommission nicht lückenlos aufklären. Viele Anhörungstage seien den Vorwürfen der Unterwanderung des staatlichen Bahnunternehmens gewidmet worden, schreibt der Kommissionsvorsitzende Raymond Zondo im Bericht und kommt dann zu dem bemerkenswert offenen Eingeständnis: „In mir bleibt das unbehagliche Gefühl, dass es viele Übel bei Prasa gibt, die noch nicht aufgedeckt wurden.“ Zondo fordert deshalb die Einsetzung einer Sonderuntersuchungskommission, die

sich den Fragen widmen solle, „warum zugelassen wurde, dass Prasa in einen beinahe totalen Bankrott abrutschen konnte, wer dafür verantwortlich gemacht werden und wer davon profitiert haben kann“. Die Kommission schlägt eine lange Reihe von Prasa-Offiziellen zur Strafverfolgung vor. In Bezug auf diejenigen, namentlich Mashaba und Mabunda, gegen die bereits Ermittlungen laufen, verlangt sie eine Beschleunigung der Verfahren. Keine Erwähnung in den Empfehlungen findet Vossloh.

Dafür bilanziert Open Secrets die Folgen des Lokomotiven-Deals ohne Umschweife. Die dadurch ausgebliebene Modernisierung der Langstreckenzüge habe Südafrikas Bahnverkehr ins Chaos gestürzt, einen 90-prozentigen Rückgang der Passagierzahlen in den vergangenen Jahren verursacht und reihenweise Horrorgeschichten produziert. So bleiben mitunter Züge tagelang in der Halbwüste Karoo zwischen den Metropolen Johannesburg und Kapstadt hängen, teils in Hitzewellen, ohne genügend Trinkwasser an Bord. Die Passagiere sind in der Regel diejenigen, die sich teurere Flüge oder Autofahrten nicht leisten können. Open Secrets kritisiert vor allem, dass es weder von Seiten Prasas noch von Seiten der Liquidatoren Swifambos ernsthafte Bestrebungen gebe, Geld aus dem Lokomotiven-Geschäft zurückzuverlangen. Die Organisation schließt ihren Bericht mit dem Fazit: „Vossloh profitiert weiter unbeirrt von den Früchten der Korruption, während Prasa in Trümmern liegt.“

Fotos: Ashraf Hendricks, cc by-sa 4.0 | Simone Knapp



Bahnhof von Johannesburg.



Unwillig zur Aufklärung: SAP-Zentrale in Walldorf.

„Eher ein SAP-Problem“

Wie der deutsche Softwarekonzern mit Hilfe dubioser Business-Development-Partner Leistungen verkaufte, die weder benötigt noch in Anspruch genommen wurden.

Melissa Lea hatte da bereits 2016 so eine Ahnung. In einem internen Schreiben, aus dem die Recherche-Organisation amaBhungane im September 2020 in einem Artikel für das Nachrichtenportal Daily Maverick zitierte, warnte die damalige Leiterin der Compliance-Abteilung des Software-Riesen SAP vor den Risiken, die aus der Zusammenarbeit mit sogenannten Business-Development-Partnern erwachsen. „Anfällig für Missbrauch“ und „sehr häufig im Mittelpunkt von Korruptionsfällen, über die man weltweit lesen kann“, seien die Geschäftsvermittler:innen.

Sonderlich viel Gehör wollte Lea bei SAP aber offensichtlich niemand schenken. Jedenfalls zahlte der Konzern in Südafrika üppige Provisionen an Unternehmen aus dem Gupta-Netzwerk. Als die Deals aufflogen, lieferte SAP dann ein weiteres Paradebeispiel, wie große Unternehmen damit umgehen, erpapt zu werden: Zunächst wurde eine Handvoll Manager der südafrikanischen Tochtergesellschaft feuert, dann größtmögliche Transparenz sowie Kooperation mit den lokalen Ermittlungsbehörden versprochen und

anschließend nach altbekannter Salami-Taktik immer nur so viel zugegeben, wie ohnehin bereits bekannt war. Entsprechend läuft die juristische Aufarbeitung: Die südafrikanische Sonderermittlungsbehörde für Korruptionsdelikte (Special Investigating Unit, SIU) hat vor dem Special Tribunal für State-Capture-Fälle bereits eine Rückzahlung erwirkt. In einem weiteren noch nicht entschiedenen Fall fordert die SIU ebenfalls Geld von SAP zurück, und mindestens ein dritter Fall könnte noch folgen.

Rückzahlungsforderungen an SAP

Im März 2022 hatte das Special Tribunal SAP erstmals angewiesen, 413 Millionen Rand (23 Millionen Euro) an die Wasser- und Sanitärbehörde (Department of Water and Sanitation, DWS) zurückzuzahlen. Der Betrag entsprach der Gesamtsumme, die das DWS in den Jahren 2015 und 2016 für Softwarelizenzen und Support an SAP gezahlt hatte. Um die Aufträge zu bekommen, hatte SAP 86 Millionen Rand Kommission an einen Business-Development-Partner ge-

zahlt. Das DWS hatte aller Wahrscheinlichkeit nach keinen Nutzen aus dem Vertragsabschluss. Es gebe keinen Beleg dafür, dass die Behörde „irgendwelche Dienstleistungen erhalten hat oder jedwede Produkte und/oder Softwarelizenzen eingesetzt wurden“, konstatierte der SIU-Jurist Jason Schmidt im Antrag auf Rückzahlung der Auftragssumme. Sein Fazit lautete: „Das Projekt wurde nie umgesetzt.“ SAP weigerte sich zunächst dennoch, 83 Millionen Rand aus der Gesamtsumme zurückzuzahlen, da entsprechende Kosten durch Zahlungen an Dritte entstanden seien. Im September entschied das Special Tribunal allerdings, dass der Konzern auch die damals noch ausstehende Summe von 81,5 Millionen Rand vollständig zurückzahlen müsse. SAP stimmte dem Urteil schließlich zu.

Kurze Zeit später kam bereits die nächste Rückzahlungsforderung auf SAP zu. Mitte November berichtete amaBhungane, dass die SIU insgesamt eine Milliarde Rand (55,6 Millionen Euro) zurückverlangt, die der Software-Riese aus Aufträgen des staatlichen Stromversorgers Eskom generiert hatte. Auch im Zusammenhang mit diesen Verträgen hatte SAP hohe Kommissionen an Business-Development-Partner gezahlt. Den umfangreichsten Einzeldeal mit Eskom – über 495 Millionen Rand (27,5 Millionen Euro) – hatte SAP laut amaBhungane 2016 sogar erst abgeschlossen, als bereits Hinweise zum State-Capture-Geflecht der Guptas öffentlich bekannt geworden waren. Das Special Tribunal hat über die Rückzahlungsforderung der SIU bisher nicht entschieden. Für SAP dürfte der Fall im Zusammenhang mit mutmaßlich korrupten Geschäften in Südafrika ohnehin noch nicht der letzte gewesen sein: Im Bericht der State-Capture-Kommission werden auch zwei Geschäfte mit dem staatseigenen Logistikkonzern Transnet aufgelistet, bei denen „Schmiergeld in Form von Verkaufskommissionsgebühren an Gupta-Enterprise-Firmen“ geflossen sein soll.

AmaBhungane

Seit seiner Gründung 2010 war das AmaBhungane Centre for Investigative Journalism an nahezu allen wichtigen investigativen Recherchen zu Korruption in Südafrika beschäftigt. Wichtigste Recherche der Nichtregierungsorganisation, deren Name das IsiZulu-Wort für „Mistkäfer“ ist, waren die Gupta-Leaks 2017, mit denen der State-Capture-Skandal offengelegt wurde.

www.amabhungane.org

NBS Infosys: Unbekannt, abkassiert und aufgelöst

Bemerkenswert ist allerdings, dass es im Zusammenhang mit den Aufträgen der Wasser- und Sanitärbehörde – anders als bei den Transnet- und Eskom-Deals – nach bisherigem Erkenntnisstand keine Gupta-Firma war, die die Provisionen von SAP kassierte. Für den Abschluss des inkriminierten Vertrags sorgte demnach die damalige stellvertretende Generaldirektorin des DWS, Zandile Mathe, die ihren Vorgesetzten die Falschinformation unterjubelte, ein bereits bestehender Kontrakt mit SAP laufe innerhalb weniger Tage aus. Tatsächlich hatte der Vertrag noch mehr als ein Jahr Gültigkeit. Trotzdem kam es zum Neuabschluss, für den die kaum bekannte Firma NBS Infosys eine Provision von 14,9 Prozent des Vertragsvolumens erhielt, was in diesem Fall 14,9 Millionen Rand (830 000 Euro) entsprach. Über eine weitere Firma, die das an sie gezahlte Geld dem Anschein nach lediglich weiterreichte, flossen nach amaBhungane-Recherchen noch einmal 14,9 Prozent an NBS Infosys. Demnach wurde so die SAP-interne Provisionsobergrenze von 20 Prozent umgangen – für einen Auftrag mit einer Behörde, die bereits seit 2001 SAP-Bestandskunde war.

Was aber tat NBS Infosys für dieses Geld? Die Rechercheure von amaBhungane wollten dazu den alleinigen Eigner der Firma aufsuchen, der sie schon auf dem Parkplatz abfing, ein baldiges Interview versprach, anschließend aber lediglich mit Klagen drohte. Wenig später war die Firma unbekannt verzogen und die Telefonnummer tot. SAP zeigte dann auf Nachfrage der Nachrichtenagentur Reuters, was die angekündigte Transparenz für den Konzern in der Praxis bedeutet, und schickte eine Standardantwort, deren Kernzitat hier der lyrischen Schönheit wegen wiedergegeben sei: „Unser Grundsatz ist, und wird immer sein, alle Unternehmensaktivitäten in Übereinstimmung mit den Buchstaben und dem Geist der anzuwendenden Gesetze durchzuführen.“

SAP-Mutterkonzern war in Deals eingeweiht

Vorausgesetzt, der Vorsatz stimmt, so gab es offensichtlich eine beträchtliche Diskrepanz zwischen Grundsatz und tatsächlichem Handeln bei SAP – und das den amaBhungane-Recherchen zufolge nicht nur bei der südafrikanischen Tochtergesellschaft, deren Führung nach Bekanntwerden des Skandals schleunigst ausgetauscht wurde. Auch der Mutterkonzern war in die Deals eingeweiht. Offenkundig wurde das, weil NBS Infosys sich im Gegenzug für Vertragsabschlüsse zwischen dem DWS und SAP Vorschüsse zahlen ließ, was nach den Richtlinien des deutschen Softwarekonzerns nicht vorgesehen war. Den Recherchen von amaBhun-

gane zufolge soll der inzwischen entlassene Finanzvorstand von SAP Africa, Deena Pillay, deshalb Ausnahmegenehmigungen hochrangiger Manager in der deutschen Firmenzentrale eingeholt haben. Nachdem das Geld geflossen war, gab es den unterschriebenen Vertrag. Für amaBhungane steht deshalb fest: „Die von der SIU zusammengetragenen Beweise zeigen nun, dass Personen quer durch die globale Organisation SAPs von den 86 Millionen Rand Kommission wussten, aber anscheinend nicht ‚nein‘ sagen wollten zum größten Geschäft in der Geschichte von SAP South Africa.“

In einem Interview mit der öffentlich-rechtlichen SABC ging amaBhungane-Rechercheurin Susan Comrie im November vergangenen Jahres noch einen Schritt weiter. „Wir neigen dazu, diese multinationalen Konzerne, die in State-Capture-Vorwürfe verwickelt sind, so zu sehen, als seien sie vielleicht von den Guptas in die Irre geleitet worden“, erklärte die Journalistin, ehe sie genau diese Sichtweise widerlegte: „Was den Fall von SAP so interessant macht, ist, dass sie das gleiche Geschäftsmodell, das gleiche Modell der Business-Development-Partner, benutzt haben, um sich riesige Aufträge bei anderen Regierungseinrichtungen zu sichern.“ Comries Fazit: „Das scheint eher ein SAP-Problem zu sein als ein Gupta- oder State-Capture-Problem.“

Denselben Schluss lässt auch ein internes SAP-Dokument zu, das unter dem Titel „Road to Closure“ die Rolle der Business-Development-Partner beschreibt. AmaBhungane zitiert daraus, dass es Aufgabe dieser „Vermittler“ gewesen sei, „sich informell mit der Ministerin, der Generaldirekto-

rin und dem Finanzvorstand zu treffen, um Budgetverfügbarkeit und Zuteilung zum Projekt sicherzustellen“, sowie die „Zusage“ des „Top-Managements“ innerhalb der Behörde einzuholen. Comrie wies schließlich im SABC-Interview daraufhin, dass das „Business-Development-Partner-System keine ausschließlich in Südafrika angewandte Methode war, sondern etwas, was sie weltweit betrieben haben“, obwohl SAP selbst „in Dokumenten das hohe damit verbundene Korruptionsrisiko dargelegt“ habe. Die Geschäfte seien zudem so groß gewesen, dass sie auf globaler Ebene abgesegnet werden mussten.



Belege, dass NBS Infosys mit den im „Road to Closure“-Dokument SAPs erwähnten Funktionsträgern tatsächlich zusammengekommen ist, hat die SIU nicht gefunden. Die in Frage stehenden Personen streiten einen Kontakt ab. SAP hat vor dem Special Tribunal bisher auch nicht versucht, eine eigene Version darzulegen. Stattdessen scheint der Konzern es vorzuziehen, möglichst geräuschlos Geld zurückzuzahlen, um die Fälle schnell abzuschließen. Comrie nennt SAP deshalb „unglaublich unwillig“, wenn es um einen Beitrag zur Aufklärung der Fälle geht, „sowohl vor Gericht als auch gegenüber den Medien“.

Fotos: Simone Knapp | Asanda Benya



Während die Wasser- und Sanitätsbehörde DWS unvorteilhafte Deals mit SAP abschließt, ist für viele Menschen in den Townships Wasser Mangelware.

State Capture pur: Anschlag auf Südafrikas Steuerbehörde

Im Januar 2015 schloss Bain einen Unternehmensberatungsvertrag mit der Steuerbehörde SARS ab. Die Behörde hätte für einen solchen Auftrag eigentlich eine öffentliche Ausschreibung durchführen müssen, initiierte im Oktober 2014 aber lediglich eine „geschlossene Ausschreibung“, informierte also nur ausgewählte Unternehmen. Der Vergabeprozess war eine Farce. Bain war längst als Partner gewählt, obwohl das Unternehmen laut Kommission „wusste, dass es nicht die nötige Expertise hatte“. Fachwissen war für den Plan bei SARS aber auch nicht nötig. Im Gegenteil: Das Ziel war die Lähmung der Steuerbehörde. Die 167 Millionen Rand, die Bain für eine „tiefgreifende Strategie-Erneuerung“ und eine komplette Restrukturierung der Organisation abgriff, waren deshalb noch der kleinste Schaden. Die Verluste, die Südafrika durch die beinahe vollständige Paralyse seiner zuvor international für ihre Effizienz hoch angesehenen Steuerbehörde entstanden sind, können gar nicht bemessen werden.



Der Anschlag war von langer Hand geplant. Bereits zwischen August 2012 und Juli 2014 hat es laut Kommissionsbericht „etwa 17 Treffen“ zwischen Bains Managing-Partner und führendem Repräsentanten in Johannesburg, Vittorio Massone, und Jacob Zuma gegeben – Massone zufolge angeblich zu Marketingzwecken. Bei einem der Treffen mit Zuma erhielt Bain einen Hinweis, dass Tom Moyane neuer SARS-Chef werden würde, was sieben Monate später auch eintrat. Massone hatte somit genügend Zeit, Moyane immer wieder zu treffen – der Darstellung des Bain-Mannes nach zu „CEO-Coachings“, also Ausbildungszwecken. Das „Coaching“ ging so weit, dass Moyane schon vier Monate, bevor Zuma ihn an die Spitze der Steuerbehörde hob, von Bain ein Dokument erhielt. Dessen Inhalt: Die Änderungen, die Moyane in seinen ersten 100 Tagen bei SARS in Gang setzen sollte.

Das Resultat war verheerend. „SARS wurde systematisch und absichtlich geschwächt, hauptsächlich durch die Um-

strukturierung seiner institutionellen Kapazität, strategische Ernennungen und Entlassungen von Schlüsselpersonen und ein allgegenwärtiges Klima der Angst und des Tyrannisierens. Es ist ein eindeutiges Beispiel von State Capture“, heißt es im Kommissionsbericht. Dies führte demnach zu „einem massiven Verlust von Integrität und Kontrolle bei SARS“. Moyane Agieren nennt die Kommission „mehr als nur Missmanagement“, den Fall SARS ein „klares Beispiel dafür, wie die Privatwirtschaft mit der Exekutive, Präsident Zuma eingeschlossen, konspirierte, um eine international hoch angesehene Institution zu unterwandern und wirkungslos zu machen“. Das Motiv dafür ist klar: „Die Ermittlungs- und Strafverfolgungsfähigkeiten von SARS stellten eine Hürde für jene dar, die in organisiertes Verbrechen verstrickt waren, und waren daher ein Ziel für diejenigen, die State Capture betrieben.“

KPMG-Bericht: „Akt absoluter Unehrllichkeit“

SARS war als Ziel sogar so wichtig, dass sich Moyane, gegen den die State-Capture-Kommission aufgrund von Falschaussagen bei einer Befragung im Parlament eine Anklage wegen Meineids empfiehlt, für sein zerstörerisches Werk noch einen weiteren Global Player ins Boot holte: die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG. Nur zwei Wochen nach seinem Amtsantritt im September 2014 löste Moyane aufgrund eines Zeitungsartikels über eine angebliche „Schurken-Einheit“ („Rogue Unit“) bei SARS das gesamte Exekutivkomitee der Behörde auf. Der Schritt entsprach der Vorgabe Massones, wonach Moyane Führungskräfte „neutralisieren“ sollte, die der „Umstrukturierung“ von SARS im Wege standen. Die Berichterstattung der Wochenzeitung Sunday Times, die bis 2016 mehr als 30 Artikel zu der angeblichen „Rogue Unit“ veröffentlichte, war jedoch eine reine Fake-News-Kampagne. Die betroffenen SARS-Mitarbeitenden äußerten vor der State-Capture-Kommission zudem ihr Unverständnis darüber, dass Moyane sie trotz schwerwiegender Vorwürfe – unter anderem wurde sogar die Ente publiziert, SARS-Führungskräfte hätten ein Bordell betrieben – nie zu den Anschuldigungen befragt hatte. Doch an Gesprächen schien der Chef kein Interesse zu haben, stattdessen ließ er KPMG einen Bericht über die „Rogue Unit“ verfassen.

Die Wirtschaftsprüfer lieferten das, was der Auftraggeber hören wollte, bereiteten sich dazu aber keine großen Mühen. In weiten Teilen schrieben sie – Rechtschreib- und Grammatikfehler inklusive – aus einem vorherigen Bericht einer südafrikanischen Kanzlei ab, in dem die Einheit für gesetzeswidrig befunden worden war. Wie Open Secrets in einem Exposé darlegt, kam eine interne Überprüfung KPMGs

schließlich zu dem Schluss, dass der für den KPMG-Bericht verantwortliche Prüfer „unprofessionell und faul“ gewesen sei. Eine Untersuchung des Berufsverbands South African Institute of Chartered Accountants (SAICA) sprach von einem „Akt absoluter Unehrllichkeit“. KPMG musste schließlich eingestehen, dass der Report nicht intern gegengelesen worden war, und entschuldigte sich für mangelnde Qualitätsstandards. Für 50 führende Beamte der Steuerbehörde kam die Einsicht zu spät: Sie wurden auch aufgrund des KPMG-Berichts entlassen.

Für KPMG war der SARS-Bericht weder der erste Skandal in Südafrika noch sollte er der letzte bleiben. Schon 2013 hatte ein KPMG-Buchprüfer mitgeholfen, 30 Millionen Rand (1,7 Millionen Euro), die eigentlich für den Aufbau einer Milchbauernkooperative vorgesehen waren, für eine extravaganze Hochzeitsfeier der Familie Gupta abzuzweigen. Obwohl die Firma, durch die das Geld gewaschen wurde, als Bauunternehmen registriert war, und obwohl die 30 Millionen, die es für Hochzeitsplanung in Rechnung stellte, mehr als die Hälfte ihrer Jahreseinnahmen darstellten, wollte niemand bei KPMG an der Transaktion etwas Anstößiges sehen. Wobei: Ein Buchprüfungsauszubildender meldete durchaus Bedenken an, diese wurden aber beiseite gewischt. Stattdessen ließen sich der verantwortliche Buchprüfer Jacques Wessels und der damalige CEO von KPMG South Africa, Moses Kgosana, auf die Glamour-Hochzeit einladen.

2017 nahm dann ein KPMG-Buchprüfer eine zentrale Rolle im Skandal um die Bank VBS ein. Verantwortliche des Geldhauses und deren Komplizen brachten die Anleger:innen um insgesamt zwei Milliarden Rand (111 Millionen Euro), was auch deshalb zunächst nicht auffiel, weil der KPMG-Buchprüfer Siphon Malaba gefälschte Finanzberichte als korrekt unterzeichnete. Einem Untersuchungsbericht der Südafrikanischen Notenbank zufolge wusste Malaba dabei, was er tat. Laut Open Secrets soll er für seinen Beitrag zur Verschleierung des Verbrechens bezahlt worden sein. Auch bei VBS versuchte demnach zwar ein niederrangiger KPMG-Mitarbeiter zu intervenieren, auch er wurde aber letztlich zum Schweigen gebracht.

In „bester“ Gesellschaft

KPMG ist mit diesen Fällen in bester schlechter Gesellschaft. Während Dudu Myeni und ihre Gefolgsleute South African Airways in Grund und Boden wirtschafteten, kontrollierten Buchprüfer:innen von PricewaterhouseCoopers (PwC) die Finanzen. Es überrascht wenig, dass auch dieser Vertrag 2013 infolge eines irregulären Auftragsvergabeprozesses zustande kam. Noch gravierender waren allerdings

die schweren Fehler, die die Kontrollierenden machten. Trotz massiv überhöhter Preise und teils gar nicht gelieferter Leistungen zeigten die externen Prüfenden keine Vergehen in ihren Berichten auf. Als dem verantwortlichen PwC-Prüfer Pule Mothibe vor der State-Capture-Kommission deshalb eine Dienstpflichtverletzung vorgeworfen wurde, bestand dieser jedoch darauf, sein Handeln habe lediglich ein „Versäumnis“ dargestellt. Mothibe erklärte, Unregelmäßigkeiten zwar identifiziert und dem internen Buchprüfungskomitee bei SAA auch gemeldet zu haben. Er hatte diese Verstöße aber nicht in den Prüfungsberichten festgehalten. Open Secrets zitiert dazu aus einem Ermittlungsbericht der Unabhängigen Regulierungsstelle für Buchprüfer:innen (Independent Regulatory Board for Auditors, IRBA), dass die Kontrolleur:innen von PwC und dessen südafrikanischer Partnerfirma bei SAA, Nkonki, „es versäumten, wesentliche Nichteinhaltung von Gesetzen offenzulegen“, und „entsprechende Buchprüfungsbeweise zu (...) irregulären Ausgaben sowie vergeblichen und verschwenderischen Ausgaben zu erlangen“. Zudem hätten sie es versäumt, gravierende interne Kontrollmängel bei SAA anzuzeigen.

PwCs Mitbewerber Deloitte hielt sich derweil ab 2016 bei Eskom schadlos. 207 Millionen Rand (11,5 Millionen Euro) verdiente der Konzern dort an einem Vertrag, für den er bereits ein Angebot abgegeben hatte, bevor es überhaupt eine Ausschreibung gab, der monatelang nicht offiziell abgeschlossen wurde und bei dem Deloittes Angebot bis zu fünfmal so teuer war wie die Offerten von Mitbewerbern. 2019 bezeichnete der damalige Interimschef von Eskom, Jabu Mabuza, den Deloitte-Deal öffentlich als „pure Korruption“, ein Vorwurf, den der Konzern selbstredend vehement bestritt. In einem außergerichtlichen Vergleich erklärte Deloitte sich schließlich bereit, 150 Millionen Rand zurückzuzahlen.

Retourüberweisungen musste auch der Unternehmensberatungskonzern McKinsey tätigen, der in Kooperation mit der Gupta-Firma Trillian einen Milliarden-Vertrag bei Eskom ergattert hatte, ebenfalls ohne reguläres Bieterverfahren. Während McKinsey zwar 900 Millionen Rand der zunächst erhaltenen einen Milliarde Rand (55,6 Millionen Euro) zurückzahlte und später auch noch fast 100 Millionen Rand an Zinsen überwies, sind die mehr als 500 Millionen Rand, die Eskom im Rahmen des Geschäfts an McKinseys Partnerfirma Trillian zahlte, vermutlich für immer verloren. Der Schaden, den die Machenschaften beim Stromversorger hinterlassen haben, ist ohnehin für ganz Südafrika sichtbar, wenn infolge von Notabschaltungen des Netzes inzwischen täglich die Lichter ausgehen.

Grafik: pp-laaf.org

Wie weiter?

Die Lösungsvorschläge der State-Capture-Kommission.

Auf 200 Seiten hat die State-Capture-Kommission im letzten Teil des Berichts ihre Empfehlungen zusammengefasst. Darin schlägt sie der Staatsanwaltschaft vor, gegen eine ganze Reihe von namentlich genannten Akteur:innen zu ermitteln, die sie korrupter Aktivitäten und damit zusammenhängender Vergehen beschuldigt. Die Kommission drängt zudem darauf, regelwidrig zustande gekommene Aufträge zu überprüfen, die Vergaben gegebenenfalls für nichtig zu erklären und Zahlungen zurückzufordern. Neben dieser juristischen Aufarbeitung der State Capture versucht sich die Kommission jedoch auch an einem Blick in die Zukunft und gibt Empfehlungen ab, wie eine korrupte Unterwanderung des Staates künftig vermieden werden soll. Interessant sind darunter vor allem die Punkte zur geforderten Neuregelung von Auftragsvergaben der Öffentlichen Hand.

Gleich im ersten Unterpunkt fordert die Kommission die Verabschiedung einer „National Charter against Corruption“, einem Anti-Korruptions-Grundsatzdokument. Darin, so will es die Kommission, soll die Regierung „in Absprache mit der Wirtschaft“ Verhaltensregeln („Code of Conduct“) zu „ethischen Standards“ bei der Prokuration von Gütern und Dienstleistungen für die öffentliche Hand festlegen. Auch eine genaue Aufstellung der gewünschten Unterzeichnenden einer solchen Charta liefert die Kommission: der Präsident und sein Kabinett, die Ministerpräsident:innen der Provinzen und deren Kabinette, kommunale Behörden, Staatsbetriebe, im Parlament vertretene politische Parteien, andere staatliche Stellen, Wirtschaftsverbände, an der Börse gelistete Konzerne, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Anti-Korruptions-Organisationen. Jeder Staatsangestellte im Beschaffungswesen sowie jede natürliche oder juristische Person, die sich um staatliche Aufträge bewirbt, soll dann per Unterschrift die Einhaltung dieser Standards garantieren. Der Code of Conduct soll zudem durch eine entsprechende Initiative des Parlaments Gesetzesstatus erhalten. Unklar bleibt im Kommissionsbericht allerdings, weshalb eine solche Charta eine stärkere Wirkung als das bisherige Wirtschafts- und Strafrecht haben soll.

Konkreter wird die Kommission da mit der Forderung zur Aufstellung einer unabhängigen Public Procurement Anti-Corruption Agency (Anti-Korruptions-Agentur für Öffentliches Beschaffungswesen). Die Einrichtung soll nicht der Regierung unterstellt sein, landesweite Befugnisse haben und

aus dem Parlament sowie durch Abgaben finanziert werden, die auf die Bewerbung um öffentliche Aufträge erhoben werden sollen. Auch zum Aufbau einer solchen Agentur macht die Kommission bereits detaillierte Vorschläge. So sollen in einem Rat fünf Fachleute aus den Gebieten Buchführung, Finanzen und Wirtschaft sitzen, von denen ein Experte für öffentliche Auftragsvergaben von einer Universität kommen soll. Die Auswahl der Kandidat:innen sollen der oberste Verfassungsrichter, die oberste staatliche Rechnungsprüferin und der Finanzminister in einem öffentlichen Prozess treffen. Zur Einrichtung sollen zudem ein Inspektorat, eine Rechtsabteilung, ein Tribunal und ein Gericht gehören.

Mit seiner Arbeit soll der Rat der Agentur Maßnahmen initiieren, um öffentliche Beschaffungswesenssysteme vor Korruption zu schützen, Richtlinien zur Verbesserung von Auftragsvergaben entwerfen, Berichte von Whistleblowern entgegennehmen und diese Informant:innen schützen. Er soll zudem mit bestehenden Kontrollstellen zusammenarbeiten, um Transparenz und Integrität zu schaffen, sowie schließlich regelmäßige Korruptionsberichte für die Öffentlichkeit verfassen, um ein detailliertes Lagebild bereitzustellen. Das Inspektorat soll eine Datenbank zu sämtlichen öffentlichen Stellen, die Aufträge vergeben, aufbauen sowie die dortigen Vergabeverfahren, die Personalien der betreffenden Mitarbeitenden und deren Qualifikationen erfassen. Auch Berichte von Kontrollbehörden und Whistleblowern sollen in die Datensammlung einfließen, ebenso Informationen zu Disziplinarverfahren gegen Mitarbeitende des Beschaffungswesens in öffentlichen Einrichtungen.

Um gegen Korruption zu kämpfen, soll das Inspektorat auch unangekündigte Vor-Ort-Kontrollen vornehmen dürfen. Zudem wird vorgeschlagen, dass es Auftragsvergabe-prozesse überprüfen und bei Regelverstößen Änderungen anweisen darf. Bei Nichtbefolgen solcher Anweisungen sowie bei Korruptionsdelikten soll das Inspektorat die Fälle zur weiteren Verfolgung an die Rechtsabteilung übergeben. Die Rechtsabteilung soll sich dann an das Tribunal wenden können, um bei Verstößen beispielsweise Geld zurückzufordern, Personen von öffentlichen Aufträgen auszuschließen oder Mitarbeitenden des Beschaffungswesens die Ausübung ihrer Funktion zu untersagen. Das Gericht soll schließlich Kompensationszahlungen verhängen können und als Berufungsinstitution für Urteile des Tribunals agieren.

Whistleblower sollen unter Anwendung bestehender Gesetze und durch die neu zu schaffende Public Procurement Anti-Corruption Agency stärker geschützt werden. Zudem

sollen Anreize für potenzielle Informant:innen geschaffen werden: So schlägt die Kommission vor, dass die Rechtsabteilung der Agentur mit Whistleblowern eine prozentuale Beteiligung an Rückzahlungen öffentlicher Gelder vereinbaren können soll. Zugleich soll Informant:innen, die selbst in Delikte verwickelt waren, im Gegenzug für umfangreiche Aussagen Straffreiheit garantiert werden.

Für Unternehmen will die Kommission derweil ebenfalls ein Instrument schaffen, einer Strafverfolgung zu entgehen, wenn sie sich kooperativ zeigen. Die Regierung soll dafür den gesetzlichen Rahmen für sogenannte Deferred Prosecution Agreements (DPA, deutsch: Vereinbarungen über den Aufschub einer Anklageerhebung) schaffen. Greifen sollen die DPAs, wenn ein Unternehmen eigene Vergehen selbst anzeigt und vollumfänglich mit den Behörden kooperiert, Maßnahmen trifft, um erneute Vergehen auszuschließen, eine Strafe bezahlt oder anderweitig Wiedergutmachung leistet.

Des weiteren empfiehlt die Kommission die Schaffung eines geschützten Berufs des Beschaffungswesensmitarbeitenden sowie einer entsprechenden Berufskammer, der alle Mitarbeitenden im öffentlichen Beschaffungswesen angehören sollen. Diese Kammer soll Kriterien für Ausbildung, Qualifizierung und Berufserfahrung festlegen und ihren Mitgliedern eine Verpflichtung abverlangen, gegen Missmanagement, Verschwendung und Korruption vorzugehen. Die Kammer soll nach Urteilen des Tribunals auch Mitglieder ausschließen können.

In weiteren Punkten mahnt der Kommissionsbericht die Verbesserung der Transparenz bei öffentlichen Auftragsvergaben entsprechend der OECD-Prinzipien an, regt eine Schutzklausel für Buchhaltungsmitarbeitende und Organisationen an, solange sie in guter Absicht und nicht fahrlässig handeln, und schlägt eine Ergänzung des Anti-Korruptionsgesetzes vor, um die Nicht-Verhinderung von Korruption unter Strafe zu stellen. Zudem empfiehlt die Kommission eine Änderung des Parteienfinanzierungsgesetzes, um Spenden an politische Parteien, die mit der Erwartung einer Gegenleistung in Form öffentlicher Aufträge verknüpft sind, unter Strafe zu stellen.

Im zehnten und letzten Punkt ihrer Empfehlungen zur Bekämpfung von Korruption bei öffentlichen Auftragsvergaben schlägt die Kommission eine Reihe gesetzlicher Neuregelungen vor, um öffentliche Auftragsvergaben stärker zu zentralisieren, die dazu bestehenden gesetzlichen Vorgaben besser zu vereinheitlichen, Mitarbeitende bei der Anwen-

dung der Vorgaben besser auszubilden und zu leiten und schließlich jegliche Form des Konzepts eines Generaldienstleisters abzuschaffen.

Zusammenfassen lassen sich die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen unter den Aspekten: 1) stärkere moralische Selbstverpflichtung, 2) stärkere Kontrolle und Strafverfolgung, 3) stärkere Anreize zur Offenlegung von Korruptionsdelikten, 4) bessere Ausbildung und 5) mehr Transparenz. Während der erste Punkt wohl eher unter „gutem Glauben“ verbucht werden darf, sind die restlichen Anregungen zusammengenommen der logische Versuch, im Rahmen der bestehenden Macht- und Wirtschaftsverhältnisse eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Da die State-Capture-Kommission aber offensichtlich die Schnittstelle zwischen Öffentlicher Hand und Privatwirtschaft, also die Auftragsvergabeprozesse, als Einfallstor der Korruption identifiziert hat, hätte sie dort mit einer mutigeren Haltung auch eine andere Stoßrichtung zur Korruptionsbekämpfung vorschlagen können: Eine konsequente Wiedereingliederung von professionellen Kapazitäten in die staatlichen Betriebe, um den Einkauf von externen Leistungen, wo immer das möglich ist, überflüssig zu machen. Für eine solche Herangehensweise fehlte aber offensichtlich der politische Wille und möglicherweise in Südafrika – wo der Ruf nach Privatisierungen mit jedem Skandal bei einem Staatsunternehmen lauter wird – auch der gesellschaftliche Rückhalt.

Foto: Shiraaz Mohamed



Der Ruf nach Schutz für Whistleblower wurde nach dem Mord an Babita Deokaran im August 2021 lauter.

Viel Vages, kaum Konsequenzen

Vier Monate Zeit ließ sich Südafrikas Präsident für seine Antwort auf den State-Capture-Bericht. Deren wichtigste Empfehlungen will er zwar umsetzen, offen bleibt aber, wann und wie genau.

Innerhalb von vier Monaten, die Deadline hatte er sich selbst gesetzt, wollte Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa die Antwort seines Kabinetts auf den Bericht der State-Capture-Kommission präsentieren. Am letzten Tag dieses Zeitfensters, dem 22. Oktober 2022, einem Samstag, legte der Staats- und Regierungschef dann tatsächlich einen 70-seitigen Bericht zum Umgang mit den Empfehlungen der Kommission vor. Tags darauf trat Ramaphosa in seinem Amtssitz in Pretoria für eine live im Fernsehen übertragene Ansprache vor die Kameras. „Mit der Umsetzung der in dieser Antwort enthaltenen Schritte können wir ein neues Kapitel in unserem Kampf gegen die Korruption beginnen“, gab sich der Präsident in seiner Rede optimistisch. Die Maßnahmen, die seine Botschaft begleiteten, zeichnen bisher jedoch ein weniger klares Bild.

Ramaphosa versuchte mit Zahlen zu beeindrucken. Seit Arbeitsbeginn der Kommission habe seine Regierung „signifikante Ressourcen bereitgestellt“, um „die Kapazität und Leistungsfähigkeit der Strafverfolgungsbehörden zum effektiven Umgang mit den Ergebnissen und Empfehlungen der State-Capture-Kommission zu stärken und wiederaufzubauen“. Infolgedessen habe das Ermittlungsdirektorat der Staatsanwaltschaft 26 Fälle vor Gericht gebracht und 89 Ermittlungsverfahren begonnen. 12,9 Milliarden Rand seien eingefroren und 2,9 Milliarden bereits an betroffene Institutionen zurückgezahlt worden, zählte Ramaphosa auf. Zudem habe die Steuerbehörde SARS „aufgrund der Arbeit der Kommission“ 4,8 Milliarden Rand an zuvor nicht gezahlten Steuern eingetrieben. Es werde „überlegt“, „Entschädigungsforderungen gegen in State Capture verwickelte Unternehmen“ zu stellen sowie diese Firmen „von Staatsaufträgen auszuschließen“, schloss Ramaphosa den Themenpunkt ab.

Die vage Formulierung ist charakteristisch für die Antwort der Regierung auf den Kommissionsbericht. Zu den wichtigsten darin enthaltenen Empfehlungen, wie der Schaffung neuer Kontrollinstanzen und einer strengeren gesetzlichen Regulierung des Beschaffungswesens bei Behörden und Staatsbetrieben, kündigte Ramaphosa lediglich an, dass diese in „eine fundamentale Neugestaltung und Überarbeitung der Anti-Korruptions-Architektur des Landes“ einfließen sollten. Sein konkretester Schritt war die bloße An-

kündigung, dem Parlament bis März 2023 den Entwurf eines neuen Gesetzes zu Öffentlichen Auftragsvergaben vorlegen zu wollen. Vollzug konnte der Präsident weder in diesem Aspekt noch in den meisten anderen Punkten vermelden.

Entsprechend kritisch fielen die Reaktionen der Kommentatoren aus. Die Ansprache des Präsidenten sei „eine der Widersprüche“ gewesen, schrieb der Polit-Journalist Stephen Grootes noch relativ ausgewogen im Nachrichtenportal Daily Maverick. Ramaphosa sei „bereit zu versuchen, Korruption in Zukunft zu verhindern, aber nicht bereit, jetzt gegen Korruption zu handeln“. Zur Begründung führte Grootes an, dass der Staats- und Regierungschef kein einziges der fünf im Kommissionsbericht schwer beschuldigten Mitglieder seines Kabinetts entlassen habe. Das Urteil des Juraprofessors Omphemetse Sibanda fiel noch eine Stufe vernichtender aus: „Die schleppende Herangehensweise der südafrikanischen Regierung an die Umsetzung des Kommissionsberichts ist sehr besorgniserregend, und es ist für viele Pessimist:innen, und diejenigen, die den Bericht am liebsten geschreddert sähen, nicht weit hergeholt zu sagen, dass er niemals entscheidend umgesetzt werden wird“, kritisierte er. Noch drastischer drückte es Paul Hoffman, Direktor der Anti-Korruptions-NGO Accountability Now, aus. „Ramaphosas Rede an die Nation zum Zondo-Report ist bloß ein Lippenbekenntnis für die Rechtsstaatlichkeit“, schrieb der Jurist bereits in der Überschrift seines Gastbeitrags, ebenfalls bei Daily Maverick.

Hoffmans wichtigster Kritikpunkt ist der nach wie vor mangelnde Schutz von Whistleblowern. „Es steht außer Frage, dass der Staat seine Pflichten zur Garantie der Menschenrechte unserer mutigen und bedrohten Whistleblower verletzt“, warf er der Regierung vor und fordert als Sofortmaßnahme die Schaffung einer Ombudsstelle. Ramaphosa hatte den Aspekt an das Justizministerium delegiert, das einen ersten Gesetzentwurf zum Schutz von Informant:innen erst für März dieses Jahres angekündigt hat. Auch Sibanda mahnt eine „Beschleunigung“ des Whistleblower-Schutzes an. „Einige Whistleblower haben bereits ihr Leben verloren und jeder weitere Tag ohne verbesserten gesetzlichen Schutz ist ein Tag zu viel für Whistleblower“, schrieb er. Folgen hatte die Kritik bisher nicht.



Ausweg aus dem Schlamassel? Der vom State Capture verursachte Schaden wird Südafrika noch lange beschäftigen.
Foto: #LootedRailways



JUNK
PRESIDENT

DON'T
JUNK
SA

The only
junk thing
about SA is
#ZUMA